

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljahr 3.00 M., monatl. 1.10 M.,  
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
Eingeliefern 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Annoncen-  
zeile ober deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Injuncte für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Die Wendung der deutschen Politik.

Das freisinnige Bürgerthum ist in demselben Augenblick, wo es als Partei zusammengebrochen ist, als Wähler berufen, in einem kritischen Augenblick der deutschen Entwicklung wesentlich mit den Ausschlag zu geben, ob das konservativ-kerikal-nationalliberale Agrarpartei sich behauptet, oder ob eine neue freiere und stetigere Entwicklung angebahnt wird.

Mit einer ungläublichen Leichtfertigkeit, ja Gewissenlosigkeit geht die freisinnige Presse über diese wichtigste und verhängnisvollste Frage hinweg. Gebannt von ihren Wahlverlegenheiten, verengen und erschöpfen sich ihre Betrachtungen in dem niedrigsten fraktionellen Stimmwahl-Interesse. Sie thut, was sie der Socialdemokratie immer fälschlich vorwirft: Sie verrät das große sachliche Interesse der deutschen Politik an den Kalkulationen eines Parteiführers, der nur die eine Aufgabe kennt, möglichst viel Gewinn für seine Fraktion herauszuarbeiten. Demgegenüber möchten wir, gewiß nicht im bloßen Partei-Interesse, sondern in der Sorge um eine freiere Gestaltung unserer inneren Verhältnisse, noch einmal mit allem Nachdruck feststellen: Die Möglichkeit ist diesmal endlich gegeben, die kerikal-konservative Herrschaft entscheidend zu schwächen.

Es ist eine Irrführung schlimmster Art, wenn immer wieder von der linksbürgerlichen Presse fatalistisch behauptet wird, daß das Wahlergebnis an den Parteiverhältnissen nichts ändere, das Centrum sei immer noch ausschlaggebend und die Agrariermehrheit so groß oder gar größer als zuvor. Diese Vereitelung des in der Hauptwahl unabweislich behandelten Volkswillens wird nur dann eintreten, wenn die bürgerliche Linke diesen Erfolg will und auf diesen Erfolg hinarbeitet. Es wird ausschließlich die Schuld der freisinnig-socialdemokratischen Stimmwahlpolitik sein, wenn dieser überaus günstige Augenblick ungenutzt bleibt.

Kurzfristig und beschränkt, wie alle Leute, die Grundzüge und Ideale durch staatsmännische Diplomatie erfassen, betrachtet der Berliner Mitarbeiter der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ das Wahlergebnis von dem erhebenden Standpunkt einer munter und gelassen summennden Stubenfliege. Er setzt seinem Blatt die folgende Wahlbetrachtung vor:

Das Centrum, die Konservativen und die Nationalliberalen scheinen im ganzen und großen ihren Besitzstand zu behaupten und so ergibt sich heute schon, daß der nächste Reichstag kein wesentlich anderes Bild als der verfloffene aufweisen wird. Wieder bleibt das Centrum die ausschlaggebende Partei und wieder ist die Regierung bei jeder Mehrheitsbildung auf diese Partei angewiesen. Das Agrarierthum geht etwas geschwächt, aber durchaus nicht gebrochen aus den Wahlen hervor und wenn nicht innerhalb der national-liberalen Partei der Liberalismus wirksamer als bisher betätigt wird, so hat sich an den bisherigen parlamentarischen Machtverhältnissen nichts Wesentliches geändert. Wir sind die letzten, die den starken Stimmengewinn der Socialdemokratie als eines der wichtigsten Symptome dieser Wahlen untersuchen, um so weniger als er zum großen Teil auf die Kämpfe um den Volkstheil und den dabei von der Mehrheit verübten Rechtsbruch zurückzuführen ist. Wenn aber die Socialdemokraten und die Centralorgan unter dem herausgehenden Einfluß ihrer ersten Siegesnachrichten und besonders wohl unter dem schon glänzenden Erfolge in Berlin von einer Weltwende der deutschen Politik deklamieren und ausrufen: „Unser das Reich, unser die Welt!“ so sind das erregte Phantasien, die ruhiger und nüchterner Betrachtung nicht standhalten. Man war auf den Stimmen- und Mandatzuwachs der Socialdemokraten gefaßt, wenn das auch aus begrifflichen Gründen vor den Wahlen so offen nicht ausgesprochen worden ist. (Der Mann ist immer auf alles gefaßt — er sagt's aber erst nachher. Red. d. „V.“) Wir haben vor den Wahlen gesagt, daß es an den parlamentarischen Machtverhältnissen nichts ändere, ob die Socialdemokraten im Reichstage wie bisher 55 Sitze oder ob sie 70 haben und wir wiederholen heute, es ändert wenig, auch wenn sie auf einige 70 Sitze kommen sollten. Sie bleiben eine Minderheit, sie bleiben es auch mit der übrigen Linken zusammen, zumal sie selbst zu ihren Sitzen auf Kosten dieser Linken gekommen sind, wie wir schon jüngst schilderten, sogar auf Kosten dieser Linken durch ihre Wahlpolitik in mehreren Fällen den konservativen Mandate verschafft haben.

Das ist Eugen Richter schlecht nachgeredet; es ist keine Würdigung der wirklichen Thatfachen; es ist nur die Phantasie der eignen Urteilslosigkeit oder des bösen Willens. Und es ist ebenso falsch oder — perfid, wenn der an dem demokratischen Blatt angestellte Journalist schreibt:

„Der Kardorffsche Antrag oder eine ähnliche Vergewaltigung würde auch im neuen Reichstage eine kaum minder große Mehrheit finden. Es ist keine Weltwende der deutschen Politik eingetreten und es ist vor allem leider nicht gelungen, die reaktionären Parteien in einem Grade zu schwächen, der die von ihnen drohenden wirtschaftlichen und politischen Gefahren verringerte. Diese bestehen fort und die politischen haben sich sogar durch das Anwachsen der Socialdemokratie vergrößert und werden sich durch das gewachsene Selbstbewußtsein der Partei vergrößern.“

Es ist nicht gelungen — sicher; denn die Hauptwahlen haben überhaupt keine Entscheidung gebracht. Aber es kann gelingen, wenn die Stichwahlen den Erfolg der Hauptwahl bestätigen und vollenden.

Das Richter'sche Gerede ist nicht wahr, daß die Erfolge der Socialdemokratie auf Kosten des Freisinnigen erkämpft sind. Die „Freisinnige Zeitung“ selbst hat ja betont, daß die Volkspartei an die Socialdemokratie nur ein einziges Mandat verloren hat. Dazu kommen zwei Sitze der Freisinnigen Vereinigung. Alle andern Erfolge hat die Socialdemokratie auf Kosten der Volkspartei gewonnen. Genau so steht es in den Stichwahlen: In der weitläufig überwiegenden Zahl der Stichwahlen, an denen wir beteiligt sind, ringen wir mit Konservativen, Nationalliberalen und Centrum um den Sieg.

Es geht aus der in unserem Blatte veröffentlichten Stichwahl-Statistik hervor, daß in 40 Kreisen die Freisinnigen der drei Richtungen den Ausschlag geben können zu Gunsten der Socialdemokratie. In 26 Kreisen handelt es sich dabei um die Niederwerfung der Konservativen, in 8 um Bauernbündler. 20 mal stehen Socialdemokraten gegen Freisinnige. Gleichgültig, wie der Erfolg sein mag, diese 20 können als Gegner der Volkspartei gelten. Fernere 12 Wahlkreise hoffen wir ganz aus eigener Kraft zu gewinnen. Und endlich können die Socialdemokraten den Freisinnigen 13 Mandate retten, die dann noch zwei oder drei auf andre Weise gewinnen mögen. Damit verfügen die Volkspartei über mehr als 140 Sitze. Das aber wäre eine ganz beträchtliche Verstärkung der Linken, die auch in Fragen liberaler Forderungen sehr bedeutsam werden könnte und deren moralische Wirkung keinesfalls zu unterschätzen ist.

So laun thatsächlich das freisinnige Bürgerthum, durch seine Taktik und seine Schwäche in der Wahl-Kreuz geworfen, dennoch seinen Einfluß dadurch in sehr bedeutsamer Weise geltend machen, daß es die Socialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die Agrarreaktion unterstützt.

Die Leitung der Volkspartei ist freilich von dieser Einsicht weiter denn je entfernt. Die „Freisinnige Zeitung“ macht verdeckt Stimmung für ein Zusammengehen mit Kröcher und Kardorff gegen die Socialdemokratie und wäscht öffentlich ihre Hände in Unschuld, indem sie folgende Parole ausgiebt:

Die Haltung der Freisinnigen Volkspartei und ihrer einzelnen Abgeordneten in der Zukunft ergibt sich aus dem Programm der Partei und aus den Direktiven, welche für diese Wahlen die letzten Parteibeschlüsse im vorigen Herbst öffentlich aufgestellt haben. Die Freisinnige Volkspartei giebt jetzt ebensowenig wie bei allen früheren Wahlen eine generelle Stichwahlparole aus. Sie überläßt es den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen, selbständig darüber zu urteilen, welcher Kandidat dort für „das kleinere Uebel“ zu erachten ist, wie dies der Natur der Stichwahl im allgemeinen und der Stellung einer mittleren Partei insbesondere entspricht.

Diese freisinnige Losung nun zeigt zur Genüge, daß die Parteileitung nach wie vor lieber mit Kröcher als mit Varth geht. Dennoch glaubten wir eine Pflicht zu erfüllen, wenn wir die obigen ziffermäßigen Thatfachen klarlegen.

Wenn die Herrschaft der Agrarreaktion in alter Kraft weiter bestehen sollte, so fällt die Verantwortung ganz auf den Freisinn.

Inzwischen wird die Socialdemokratie alles daran setzen, aus eigener Kraft das Ziel zu erreichen: die Zweidrittel-Mehrheit der Kardorff-Notte zu brechen!

### Unsre Stichwahlen.

Wir können heute wieder aus einer Anzahl Kreise genauere Angaben über die Stichwahlverhältnisse machen, so daß mit den gestern gegebenen aus 110 Kreisen ziemlich genaue Angaben vorliegen, aus denen man sich ein ungefähres Urtheil über die Sachlage machen kann. Da wir nach den Zusammenstellungen des „V. V.“ an 122 Stichwahlen beteiligt sind, während noch 18 Kreise fehlen. Davon ist noch immer zweifelhaft Al t e n b u r g. Mehrere Blätter melden heute wieder in Uebereinstimmung mit unserer ersten Meldung, daß wir in diesem Kreise dennoch gesiegt hätten; andernfalls wären wir mit Wldau in Stichwahl. Aus Gotha und Bayreuth sich auch heute noch keine genauen Angaben zu erlangen. Zahlenangaben fehlen uns ferner aus Eisenach und Weimar-Arnolds, wo wir in Stichwahl stehen, sodann aus Jülich. Ueber die übrigen 7 Kreise sind wir überhaupt ungewiß. Von den 109 Kreisen haben wir in 34 gegen konservativ und Bündler zu kämpfen. Darin geben 26 mal die Freisinnigen beider Richtungen den Ausschlag. (In der gestrigen Uebersicht gehören die auf der zweiten Seite gegebenen Kreise unter diejenigen, die wir gegen konservativ und Bündler zu verteidigen haben; sie sind nur infolge eines Versehens beim Umbrechen unter die Bündler geraten.) Mit den Nationalliberalen stehen wir 33 mal in Stichwahl. Ausschlaggebend sind hier die Freisinnigen in Wiesbaden, Hof, Koburg, Hanau, Schleswig; ferner die süddeutsche Volkspartei in Ulm, Rammheim (bei der vom Centrum proklamirten Wahlenthaltung), Cannstatt und beide Parteien zusammen in Karlsruhe. Mit dem Centrum sind wir 11 mal in Stichwahl. Hier kann die süddeutsche Volkspartei den Ausschlag im 10. württembergischen Kreise geben, sonst kommt es zumeist auf die Nationalliberalen an, während es umgekehrt den Nationalliberalen gegenüber häufig auf das Centrum ankommt, wie in den 3 badischen Kreisen, in Dortmund und in Wochum. Noch sei bemerkt, daß die Nationalliberalen den Ausschlag geben in Freiberg (Sachsen) gegenüber Dertel. In 3 württembergischen Kreisen stehen wir dem Bauernbunde gegenüber, und hier wird es lediglich auf die Haltung der süddeutschen Volkspartei ankommen, ob wir diese Kreise gewinnen. Die Freisinnige Volkspartei hat es ferner im Kreise J e r i c h o w in der Hand, ob Bismarck oder der Socialdemokrat gewählt wird. Freisinnigen beider Richtungen und Demokraten stehen wir zwar zumeist gegenüber und zweimal den Antisemiten. Es geben sonach die Freisinnigen beider Richtungen 33 mal den Ausschlag zwischen Socialdemokrat und Protowucherer und 7 mal haben ihn die süddeutschen Volksparteiler zu geben.

Zur gestrigen Uebersicht ist beizufügen noch zu bemerken, daß in Breslau-Ost die Freisinnige Volkspartei und nicht die Vereinigung in Frage kommt. + bedeutet Socialdemokrat hat mehr, — weniger Stimmen wie der Stichwahlgegner.

#### Mit Konservativen und Bündlern.

- Herford-Galle. — 1081.  
Ausschlaggebend: Natf. 5184. Christl.-Soz. 2529.
- Minden-Lübbecke. — 3676.  
Ausschlaggebend: Natf. 2075. Frf. Sp. 3950. Christl.-Soz. 2037.
- Elbing. + 640 (gegen v. Oldenburg, Bündler).  
Ausschlaggebend: Konf. 3138. Natf. 1781. Centr. 3446.
- 1. mecklenburgischer Kreis. — 313 (gegen Reith).  
Ausschlaggebend: Freif. (Drechslermstr. Kreuzel) 3361.
- 2. mecklenburgischer Kreis. + 3679.  
Ausschlaggebend: Natf. 6096.

- 6. mecklenburgischer Kreis. — 537.  
Ausschlaggebend: Freif. 2809.
- Mecklenburg-Strelitz. + 2043.  
Ausschlaggebend: Freif. Sp. 4825.
- Dhau-Rimptsch. — 5146.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 2590. Centr. 3347.
- Schweidnitz-Striegau. — 1501.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 5267.
- Kottbus. — 288. (Wiederholt aus Nr. 140.)  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 3667.
- Liebenwerda-Torgau. — 2271.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 4960.
- Labiau-Wehlen. — 1980.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 1978.
- Tüft. — 3071.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 4241. Witt. 1535.

#### Mit Nationalliberalen.

- Offenbach. + 4629.  
Ausschlaggebend: Centr. 6313.
- Wanzleben. + 2927.  
Ausschlaggebend: Konf. 2042.
- Halberstadt. + 2355.  
Ausschlaggebend: Antisemitisch-bündlerischer Witschnasch 5305. Frf. Sp. 1675.
- Bendheim-Gröden. — 1541.  
Ausschlaggebend: Centr. 2566.
- 10. hannoverscher Kreis. + 3751 (amtlich verbollständigt).  
Ausschlaggebend: V. d. L. 6159. Welfe 2503.
- Guben-Lübben. — 1520. (Wiederholt aus Nr. 140.)  
Ausschlaggebend: Konf. 2677.
- 18. hannoverscher Kreis. — 1075.  
Ausschlaggebend: Frf. Sp. 3449. Welfe 2116.  
Konf. 1779.
- 9. hannoverscher Kreis. + 2485.  
Ausschlaggebend: V. d. L. 4231. Welfe 4506.
- Hanau. + 5683. (Verstärktes Resultat aus Nr. 140.)  
Ausschlaggebend: Centr. 4814. Frf. Sp. 1565.
- Cannstatt. — 1441.  
Ausschlaggebend: D. Sp. 2769.
- Schleswig. + 105.  
Ausschlaggebend: Freif. Sp. 5509.

#### Mit Centrum.

- Höchst-Uffingen. + 5195.  
Ausschlaggebend: Vereinigte Nationalliberale und Freisinnige 7021. V. d. L. 1680.
- Heusen. — 9800 (gegen Krollh).  
Ausschlaggebend: Polen 6750. Centr. (Sonderkandidatur) 7926. Frf. Sp. 1285.
- Wülheim-Wipperfurth. — 7117.  
Ausschlaggebend: Natf. 7475.
- 10. württembergischer Kreis. + 4730.  
Ausschlaggebend: Natf. 3685. Bdd. 2092. Deutsche Sp. 3509.

#### Mit Bauernbund.

- 3. württembergischer Kreis. + 1341.  
Ausschlaggebend: D. Sp. 5566. Centr. 3806. Natf. 2067.
- 4. württembergischer Kreis. — 669.  
Ausschlaggebend: D. Sp. 5167.
- 5. württembergischer Kreis. + 5634.  
Ausschlaggebend: D. Sp. 4226. Natf. 4457.

#### Mit Freisinnige Volkspartei.

- Königsberg-Stadt. + 8493.  
Ausschlaggebend: Konf. 3215. Centr. 598.
- Hirschberg (Schle.) — 2295.  
Ausschlaggebend: Konf. 4186.
- 2. oldenburgischer Kreis. + 286.  
Ausschlaggebend: Nationalsoz. 1302 und etwa 400 V. d. L.
- 6. württembergischer Kreis. — 789 (gegen Payer).  
Ausschlaggebend: Natf. 4744. Centr. 3240.
- Frankfurt a. Main. + 12 641 (gegen Demokrat).  
Ausschlaggebend: Nationalsoz. 5057. Antif. 4490. Centr. 3634.

#### Mit Freisinnige Vereinigung.

- 3. mecklenburgischer Kreis. + 1417.  
Ausschlaggebend: Konf. 3408.

#### Mit Antisemiten.

- Rassel-Welfungen. + 6803.  
Ausschlaggebend: Natf. 7611. Centr. 800.

### Stichwahlparolen.

Die Regierungsweltlichkeit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beschränkt sich nach wie vor auf das Kartellkommando. Die Socialdemokratie soll dadurch überwunden werden, daß sie zur einzigen Partei gemacht wird, die noch liberale Interessen wahrnimmt! Denn nichts anderes bedeutet die geistreiche Parole an das freisinnige Bürgerthum, die Erhaltung und Verstärkung des Volkswahner-Kartells zu fördern. Nicht einmal die Erfahrungen in Sachsen und Bremen haben sie von der Wiederholung des alten Unsinn abgehalten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die Reichstagswahlen vom 16. Juni, deren Ergebnis nunmehr vollständig vorliegt, haben nur in 213 Wahlkreisen zu definitiven Resultaten geführt. In nicht weniger als 184 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich. Bei mehr als zwei Theilnehmern, nämlich in 122 Wahlkreisen, handelt es sich um die Entscheidung zwischen Kandidaten der bürgerlichen Parteien und Socialdemokraten. Das giebt den diesmaligen Stichwahlen ihr Gepräge. Den bürgerlichen Parteien aber zeigt es gleichzeitig den Weg, den sie zu gehen haben. In untrügender Uebersicht mehrten sich in den verschiedenen Parteilagern die Stimmen, welche den von uns von Anfang an verfochtenen Gedanken vertreten, daß für die Stichwahlen

... die eine Parole geltend haben darf: Gegen die Socialdemokratie! Wie man diese Stellungnahme als eine „mechanische Auffassung“ charakterisieren kann, ist uns angeichts der Sachlage ebenso unerlässlich wie die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, die „Nordd. Allg. Ztg.“ habe bisher nichts gegen die Socialdemokratie verstanden lassen, „nur jetzt nach der Wahl“ jaunte sie alle Parteien gegen die Socialdemokraten. Wäre nach uns freien Meinungen und Aufforderungen gehandelt worden, so wäre die Socialdemokratie schwerlich in die Lage gekommen, den Triumph zu feiern, den ihr die Zerschmetterung der bürgerlichen Parteien jetzt bereitet hat. Den begangenen Fehler bei den Stichwahlen nach Kräften gutzumachen, ist die Pflicht aller bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme.“

Wie viel Verstand wird doch die Welt regieren. Wäre uns das engste Partei-Interesse wirklich das oberste Gesetz, so hätten wir nichts sehnlicher wünschen können, als daß die Sammelungs-Parole der „Nordd. Allg. Ztg.“ schon in der Hauptwahl befolgt worden wäre, dann hätten wir vermuthlich in der Hauptwahl das Doppelte der Mandate erobert. Keine Situation ist wie die Erfahrungen gelehrt haben, so günstig für uns, wie die Zusammenschließung aller bürgerlichen Parteien.

In dem Regierungsgelände bewegt sich auch die „Kölnische Zeitung“, die sich aus alter Gewohnheit nationalliberal nennt. Vielleicht hat Herr Paasche sie befruchtet, dessen Heiligkeit ohnehin ihm dem Centrum nähere. Für dieses Blatt der liberalen Bourgeoisie ist die Gefahr weniger wichtig, daß etwa das Centrum in der nächsten Legislaturperiode in das Strafgesetzbuch die Umkehrvorlage gegen liberale Professoren hineinredigiert, als daß im Reichstag eine Partei existiert, die sich zu dem doch heute gewiß nicht unpopulären republikanischen Princip bekennt. Also nämlich läßt sich ein „Praktiker“ in der „Kölnischen Zeitung“ aus:

„Am schwierigsten wird die Entscheidung da sein, wo die Wahl getroffen werden muß zwischen einem ultramontanen und einem socialdemokratischen Bewerber. Mehrfach ist diese Frage schon vorzeitig vor dem ersten Wahlgange erörtert und von einer nicht unbedeutlichen Anzahl nationaler und liberaler Wähler dahin beantwortet worden, daß der Kandidat des Centrum die größere, der der Socialdemokratie die kleinere Gefahr darstelle, daß deshalb in der Stichwahl für letzteren zu stimmen sei. Wir glauben, daß diese Männer dabei mehr einem Zuge ihres Herzens, als den unzweifelhaften Winken der Vernunft gefolgt sind, während derartige Fragen der politischen Taktik nicht mit Liebe oder Haß, noch Sympathie oder Antipathie, sondern mit kühlem Kopfe nach Maßgabe der allgemeinen oder örtlichen Nützlichkeit beurteilt sein wollen. Wer das thut, muß unsres Erachtens notwendigerweise zu dem Schluß kommen, daß von den beiden Uebeln unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Ultramontanismus das kleinere ist. Eine Lebensfrage des Nationalliberalismus und der von ihm vertretenen nationalen wie liberalen Anschauungen ist der Fortbestand unsrer monarchischen Staatseinrichtungen. In diesem Hauptpunkte aber begegnet er sich mit den Bestrebungen des Centrum; der Ultramontanismus in Deutschland wird monarchisch sein oder er wird nicht sein. Die Socialdemokratie dagegen ist ihrer Natur nach antimonarchisch und republikanisch.“

Daß der Merkantilismus monarchisch ist, kann man als eine neue Entdeckung der Liberalen betrachten. Bisher haben die Liberalen in dem Papismus einen Gegensatz zur monarchischen Anschauung behauptet. Aber wir meinen, daß der nächste Reichstag noch nicht einen Beschluß über die Beilegung der Monarchie zu fassen haben wird, während andererseits die republikanische Kritik „unsrer monarchischen Staatseinrichtungen“ weit über die Kreise der Socialdemokraten hinaus für nützlich und notwendig gehalten werden dürfte. Es ist die Seelenberwandtschaft, die alle Kapitalisten und alle Unternehmer zusammenführt, die den Liberalen den Schutz geistiger Interessen als gleichgültig erscheinen läßt. Die monarchische Phrase ist nur vorgeschoben, um das niedrigste materielle Interesse zu verhüllen: Vor allem der Profit! Ist der gerettet, dann bezahlet der „Liberalismus“ den Gewinn gern mit der Auslieferung von Wissenschaft und Kunst, von Schule und Universtität an den Merkantilismus. Bei solchen Anschauungen möchten wir wirklich glauben, daß unter den socialdemokratischen Wahlstimmen sich auch die von Liberalen befinden.

Auch in Württemberg streben die Nationalliberalen danach, die äußerliche Reaktion zu stärken. Der Landesauschuß der Deutschen Partei hat beschlossen:

„In allen denjenigen Wahlkreisen, in welchen Kandidaten der bürgerlichen Parteien mit Socialdemokraten in der Stichwahl stehen, ist unsre Lösung: „**Andeutung gegen den Socialdemokraten!**“ Demgemäß fordern wir unsre politischen Freunde auf, im 3., 4. und 5. Wahlkreise den Kandidaten des Württembergbundes, im 6. und 14. denen der Volkspartei, im 10. dem Kandidaten des Centrum ihre Stimme zu geben.“

Die Deutsche Partei ist aber nicht ausschlaggebend! Der konservativ „Reichshot“ ist bemüht, statt das gewaltige Stimmungsgeschehen durch Stichwahlkämpfe aus der Welt zu schwindeln, den Ursachen des socialdemokratischen Erfolges auf den Grund zu gehen. Er verfährt dabei zwar sehr naiv, aber es ist doch ein Versuch, statt zu vergewaltigen, zu erklären:

„Es ist die über ihre geringfügige Behandlung schmolende Vaterlandsliebe, welche viele Bürger veranlaßt hat, durch socialdemokratische Wahlen ihrer Unzufriedenheit einen demonstrativen Ausdruck zu geben.“

Das sind Thatsachen, die wir lediglich der Wahrheit gemäß konstatieren haben, und wir halten es für unsre journalistische Pflicht, das zu thun, auf das die Regierung erfährt, wie die Stimmung in weiten, sonst gut gestimmten Kreisen im Lande ist. Die Regierung hat die Stimmung dadurch probociert, daß sie die Unzufriedenheits-Kundgebungen fast gänzlich ignoriert. Wir erinnern, wie oft bei gewissen Richterprüfungen, Begrüßungen in weiten Kreisen die Empfindung laut wurde: Das ist Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie! Wie oft hat man uns das zugerufen! Wir erinnern ferner an die schroffe Haltung gegen die Wexen und die große Freundlichkeit gegen die Engländer, ohne den gerechten Empfindungen des deutschen Volkes auch nur im geringsten Rechnung zu tragen, so daß man den Eindruck gewann, die Stimmung des englischen Volkes gelte der Regierung mehr wie die der deutschen Nation.“

Vielleicht wird der „Reichshot“ schließlich auch die Einsicht gewinnen, daß die negativen Gründe nur insofern von Einfluß gewesen sind, als auf dem dunklen schwanen Grunde der herrschenden Politik sich die klare, schaffende, einheitliche und principielle Politik des Socialismus um so leuchtender und eindringlicher abhob.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen eine Unterstüfung der Freisinnigen, obwohl sie im übrigen dem Kartellgedanken nicht abhold ist.

Die freisinnig-demokratische „Volk-Zeitung“ wiederholt gegenüber Eugen Richter die Wahlparole: Gegen die Reaktion!

Das neue staatsbehaltende Kartell von Kröcher bis Richter erhält durch diesen konservativen Herzenserguß (Konservative Stichwahlhilfe in Berlin) sozusagen seine Weiche. Dem Kröcher, der den Freisinnigen hingeworfen wird, versucht man durch die rührende Vereitwilligkeit, für Kampf einzutreten, einen bescheidenen Gewinn zu erzielen. Nun aber, wenn die Konservativen für Kampf eintreten, thun sie weiter nichts, als daß sie den Kandidaten wählen, der ihnen von ihrem Standpunkt als das „kleinere Uebel“ erscheint. Sie thun damit lediglich, was alle andern Parteien bei den Stichwahlen aus kühler politischer Berechnung thun müssen und thun werden. Hierfür eine Gegenleistung zu verlangen etwa in der Form, daß aus tief empfundenen Dankbarkeit für die Wahlhilfe zu Gunsten Kampfs die Freisinnigen dafür in irgend einem andern Wahlkreise auch nur einen Reaktionsären in der Stichwahl wählen müßten, wäre der

Gipfel der politischen Abgeschmacktheit. Die Freisinnigen dürfen unter keinen Umständen die Reaktion stärken. Sie müssen unbestimmt um das läppische Liebeswerben der Konservativen, bei den Stichwahlen die Reaktion mit aller Kraft aus allen Positionen verdrängen, in denen sie noch am 16. Juni bedauerlicherweise befestigt worden sind. Im Interesse des Liberalismus wie des Vaterlandes liegt es, daß am Stichwahltage unter den Reaktionsären in denkbar größter Umlage ausgesäht werde. Die Parole muß lauten: „**Den Reaktionsären kein Verdon!**“

Ueber die Ursachen des Kartell-Zusammenbruchs in Sachsen orakelt die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Wir sehen unsren Pessimismus in trauriger Weise bestätigt. Der Steuerzettel, bang und schwer, liegt heute neben dem Stimmzettel in der Hand und preßt sie herab zu Gunsten der Socialisten. Die bayrische Finanzwirtschaft, die Reichsbank, die Wälfste baute und schmälte, während die Finanzen des Landes betrüblicher wurden, die Eisenbahnpolitik, die eben noch so gefährliche Experimente verfuhrte, die Umgestaltung des Wahlrechts, die den Socialisten es so überaus leicht machte, die Schuld an allem Geheule auf die Schultern des Bürgerthums zu packen, die weit über das Ziel hinausgeschossen, indem sie die Herrschaft Meiners stabilisierte wie einen Eisenblock, und in gewissem Sinne auch die traurige Affaire, deren Schauplatz der Dresdener Hof gewesen ist — alles das wirkte mit der stempellosen Agitation der Socialdemokratie zusammen, um jene ungeheuren Mehrheiten zu erzielen. Und auf der andern Seite das ungeheure Vakuum an Begeisterung, das die Reichspolitik schuf, das auch nicht ausgefüllt wurde durch Reden, deren Wirkung allzu oft bedenklich war, durch Lobreden auf Mitterand und Jaurès, durch Umschweidung der Umsturzparteien, wie wir sie vom Grafen Vosadowsky vernahmen, und durch Verbeugungen vor dem Centrum, die den Inhalt des ganzen Wilsonschen ABC bildeten. Wo sind denn die Ziele, für die man sich einsetzen soll? Kein Wort der Aufklärung, kein Laut der Ermunterung war zu vernehmen, während die Socialdemokratie rücksichtslos und schroff dem heutigen Staate den Krieg erklärte.“

Die konservativen „Dresdener Nachrichten“ meinen: „Die Wahlen können nicht miserabel genug ausfallen, als den Nachhabern in der Reichshauptstadt darzutun, wie es eigentlich im Volke aussieht, wie die wahre Volkstimmung beschaffen ist, die im schneidenden Kontrast steht zu allem offiziellen und offiziellen Gutmuthen und zu der lehr- und denkmalsreichen Zalmbegeisterung unsrer Tage. Wenn in der Reichshauptstadt auch die Sprache der diesjährigen Reichstagswahlen nicht verstanden wird, dann herrscht dort unheilbare Taubheit.“

Die namentlich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gefeierte leitende Scharhackerpolitik des „Norddeutschen Lloyd“ wird von der „Täglichen Rundschau“ für unsren Wahlsieg verantwortlich gemacht. Dasselbe Blatt warnt davor, über den roten Schrecken die ultramontane Gefahr zu vergessen:

„Der Wahlerfolg des Centrum, dem das Anwachsen der Socialdemokratie nur eine Hölle giebt, macht es nicht nur für die Regierung zum ersten und bestimmenden Faktor der Reichspolitik, sondern läßt es auch manchem reichstreuen Kerne, der von der socialdemokratischen Gefahr wie hypnotisiert ist, als Ort für Aufrechterhaltung des Reiches und Wehr gegenüber der Socialdemokratie erscheinen, obwohl doch Geschichte und tägliche Erfahrung beweist, wie wenig Belastungsprobe dieser Ort und die Wehr vermag, und wie er für die Pluten, die er zurückläßt, andre noch giftigere Gewässer in das Vaterland hereinziehen läßt. Wie weit der Vam des Centrum reicht, zeigte deutlich eine gestrige Ausführung der „Kreuz-Zeitung“, die die Anti-ultramontanen um Gottes willen beschwört, doch nicht das Centrum zu ärgern, da es sonst die bisherige reichstreue Politik der letzten Jahre aufgeben könnte.“

## Stimmen des Auslandes.

Englische Urtheile über den 16. Juni.

Das Interesse an den deutschen Wahlen konzentriert sich auf die Socialdemokratie. Ihr sind alle Betrachtungen der englischen Presse gewidmet, denn die Fiktion, die die Socialdemokratie den bürgerlichen Parteien Deutschlands erteilt, gilt auch der englischen Regierung. Die deutschen Arbeiter haben mit ihren Stimmen einen tiefen Einfluß auf die englische Politik ausgeübt. Dem sie haben in Deutschland das niedergestimmt, was Chamberlain und seine Anhänger zu ihrem Programm erhoben haben. Der 16. Juni hat die englischen Radikalen, die Freihändler und die Friedensfreunde gestärkt und den britischen Jingoismus geschwächt. Ein großer Teil des Agitationsmaterials der britischen Imperialisten war aus den Schriften deutscher Professoren — Schmoller, Wagner, v. Halle u. — geschöpft, in denen man das eigentliche Deutschland erblickte. Der 16. Juni zeigte ein neues Deutschland, das von der radikalen Presse Englands mit Jubel begrüßt wird. Dies geht besonders aus dem Anzuge der „Daily News“ vom 18. d. M. hervor. Auch der konservativ und deutschfreundliche „Standard“ deutet dieses an. Die Betrachtungen der „Times“ beziehen sich mehr auf die politische Zukunft Deutschlands.

„Daily News“: „Der erste Wahlgang brachte den Socialisten einen unumfassenden Sieg. Die Zahlen sind so überraschend, daß es schwierig ist, sie zu erfassen. Das Ergebnis ist auch lehrreich für uns Engländer, da es eine tiefe Revolte Deutschlands — des gebildeten Volkes der Welt — bedeutet gegen den Jollitarif, der im vorigen Jahre durch den Reichstag hindurchgepeitscht wurde. Die deutsche Nation hat es gewagt, ihren Befehlshabern zu trohen und sprach sich in unzweideutiger Weise für Freihandel aus. Mr. Chamberlain hat sich auf Deutschland als Zeugen für seinen imperialen Jollverein berufen. Deutschland antwortete am 16. Juni. Wir empfehlen diese Antwort der Beachtung des Kolonialsekretärs.“

„Standard“: „Die deutschen Wahlen zeigen das ungeheure Wachsen der Socialdemokratie. Aber die bedrohten Interessen werden die übrigen Parteien veranlassen, sich enger aneinander zu schließen, so daß die Konservativen, Liberalen und Nationalliberalen eine Mehrheit bilden werden. In England wäre ein Aufschwung einer unabhängigen Arbeiterpartei nicht so bedeutungsvoll, da England freie Institutionen hat, in Deutschland dagegen, wo die Institutionen formell frei sind, aber in Wirklichkeit streng reguliert sind, ist eine so nachdrücklich ausgesprochene öffentliche Meinung eine ernstere Erscheinung. Dennoch muß hervorgehoben werden, daß die deutschen Socialdemokraten weder mit spanischen oder italienischen Anarchisten noch mit utopischen Träumern identifiziert werden dürfen. Sie haben praktische Ziele. Sie sind eine Partei des Proletes gegen den Militarismus und gegen die starke Belastung der Arbeiterklasse. Kömte die Partei eine klare Linie ziehen zwischen den Armeekosten, die zur Verteidigung nötig sind, und zwischen denen, die auf eine aggressive Politik berechnet sind, so würde sie nicht nur ihrem Lande, sondern auch der ganzen civilisierten Welt einen großen Dienst erweisen.“

„Times“: „Das erste Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen ist ein Sieg der Socialdemokratie, der noch allgemeiner und umfassender ist, als die sorgfältigsten Beobachter voraussetzten. Auf der ganzen Linie sind die Socialdemokraten triumphierend vorgezogen und haben noch eine genügende Stimmenzahl erhalten, die sie berechtigt, an vielen Stichwahlen teilzunehmen. Der Sieg ist eine große und bedeutungsvolle Thatsache und birgt vielleicht ernste Fragen für die Zukunft in sich. Allein infolge der Wahlgeometrie, die im Interesse der sogenannten Verteidiger der Ordnung gestaltet ist, wird der Sieg noch lange nicht den Socialdemokraten die Mehrheit im Parlamente geben, und wenn sie sogar die parlamentarische Mehrheit hätten, so würden sie doch keinen Gebrauch von ihrer Stellung machen können, da ihnen der Bundesrat zweifelsohne großen Widerstand entgegenzusetzen würde. Werden die herrschenden Klassen und die Regierung durch diese Siege erschreckt, so kann es wohl möglich sein, daß Repressionsmaßnahmen ergriffen werden, die sich jedoch als ebenso erfolglos erweisen werden wie die früheren Ausnahmegerese. Es ist aber

wahrscheinlicher, daß sie die Regierung als Feinde gegenüber dem andern Parteien benutzen werde. Das Wahlergebnis bedeutet eine gewaltige Demonstration der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen des Deutschen Reiches. . . und einen Protest gegen den übertriebenen Militarismus und gegen die Sucht des modernen Deutschen Reiches, sich in alles zu mischen. Das Wahlergebnis ist eine entscheidende und nachdrückliche Zurückweisung des Wortes „der Aufklärung und Warnung“, das der deutsche Kaiser im Dezember 1902 an die deutsche Arbeiterklasse richtete. Diese weist aber sein Urtheil über die socialistischen Agitatoren zurück.“ Schließlich meinen die „Times“ im Sinne der liberalen Presse Deutschlands, man dürfe nicht notwendigerweise daraus schließen, daß alle oder die meisten der socialistischen Wähler für die sociale Revolution wären. Dieses Urtheil bedarf im großen Ganzen keines Kommentars, nur soviel möchten wir bemerken, daß auch eine Mehrheit des britischen Unterhauses nicht immer souverän ist. So hat dort eine liberale Mehrheit ebenso mit den Reaktionsären des Hauses der Lords zu rechnen wie eine freihändlerische Mehrheit des deutschen Reichstages mit dem Bundesrat.

Der Eindruck in Amerika.

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. Juni gemeldet: Die Wähler schreiben die Gewinne der Socialdemokraten bei der Reichstagswahl der Proletenvereinerpolitik zu. „Evening Post“ sagt wörtlich: „Wir sehen Hunderttausende von Bürgern durch Reaktionsäre und Anhänger des Absolutismus direkt in die Arme des Kollektivismus getrieben und niemals erwiefen sich Verfolgungen und Schimpereien so schwach zur Entvornung gegnerischer Argumente als heuer.“

## Streifzüge durch das Wahlfeld.

Wahlabenteuer im Kreise Ost-Prignitz.

Wie draußen im Lande, wo die unwichtige Privatität der Junker und bäuerlichen Junkereliten durch die proletarische Kraft noch nicht gebändigt ist, selbst heute noch der Kampf mit „geistigen Waffen“ geführt wird, beweist ein Abenteuer, das zwei Genossen aus dem 6. Berliner Wahlkreis in dem Dorfe Wlesendorf, 2 Meilen nordöstlich von Prignitz, im Wahlkreise Ost-Prignitz widerfuhr. Dieser Wahlkreis, der neben dem Wahlkreise West-Prignitz den dunkelsten Winkel des Regierungsbezirks Potsdam bildet, ist seit 1893 durch den konservativen Rittergutsbesitzer v. Dallwitz vertreten. Zwar ist auch hier die Socialdemokratie nicht unbetreten — von 27 Stimmen im Jahre 1900 brachte sie es auf 1725 Stimmen im Jahre 1898 und 1843 Stimmen am 16. Juni dieses Jahres — allein infolge des ungeheuren Terrorismus der Konservativen sind bis jetzt unire Erfolge noch recht bescheidene geblieben. Befahren wir Wahllokale, gäbe man uns Gelegenheit, den Landarbeitern unsre angeblich sorgsam verheimlichten „Eindziele“ zu enthüllen, läße man nicht beim Wahllast selbst das bekannte staatsbehaltende Schredenregiment, das Ende der junkerlichen Herrlichkeit wäre auch für Ost-Prignitz wie für die Junker-Donänen überhaupt gekommen! Wie man sich aber der Socialdemokratie zu erwehren versucht, das beweist die skandalöse Behandlung, die man am Wahltage den beiden Berliner Genossen, die zum Stimmzettel-Verteilen und zur Ueberwachung der Wahlhandlung nach Wlesendorf gekommen waren, zu teil werden ließ.

Die wenig urbanen Sitten der Ortsgevaltigen von Wlesendorf waren von früheren Wahlen her bereits derartig beträchtigt, daß man diesmal statt eines zwei Genossen, und zwar ausgesucht ruhige und kaltblütige Personen, nach Wlesendorf entsandte. Als die Genossen kurz nach 11 Uhr vormittags nach dreifündigem Marsch von Prignitz aus ihr Ziel erreicht hatten, stellten sie sich als höfliche Menschen jogleich dem Wahlbureau vor. Wie unglaublich wenig das hochwohlthätige Bureau über die bei der Wahl zu beobachtenden gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet war, erfuhren unsre Genossen jogleich, als man sie nach Vorzeigung ihrer Legitimation, ohne weiteres in die Wählerliste eintrug, da man der Meinung war, die beiden Berliner seien nach dem mit Intelligenz geeigneten Orte gekommen, um hier ihr Wahlrecht auszuüben. Unsre Genossen widerstanden jedoch der so loedend an sie herangetretenen Verlockung, wenigstens zwei rote Wahlzettel in die Wlesendorfer Wahlurne hineinzuwerfen, vielmehr bemühten sie sich, die etwas begriffsstumpfen Herren darüber aufzuklären, zu welchem Zweck sie in Wirklichkeit gekommen seien. Nun veränderte sich freilich das ganz unerwartete Entgegenkommen der Herren in schroffe Feindseligkeit. Nur nach langer Verhandlung gelang es, das Wahlbureau davon zu überzeugen, daß es kein Recht habe, den einen Genossen, der der Wahlhandlung beizuwohnen beabsichtigte, aus dem Lokale zu weisen. Schließlich gestattete man's dann. Dafür ging es dem andern, vor der Thür Stimmzettel verteilenden Genossen um so schlimmer. Von den verbalen Bezeugungen jener maßlosen Verachtung, mit denen fanatisierte Landbewohner rote Hungerleider zu behandeln wissen, ging man allmählich zu annatigen Thätlichkeiten über. Man spuckte nicht nur vor unsrem stoisch standhaltenden Genossen offensiv aus, sondern man spie ihn direkt an! Trotz alledem hielt unsre Genosse bis gegen 1/4 Uhr auf seinem Posten aus. Als jedoch die Menge eine immer bedrohlichere Haltung annahm, begab sich unsre Genosse in das Wahllokal zu seinem Kollegen, um mit ihm die bedrohliche Situation zu besprechen. Allein jetzt brach auch im Wahllokal selbst der Sturm los. Gegen 1/4 Uhr überdrachte ein Radfahrer dem Wahlvorsitzer ein Papier. Kaum hatte der Wahlvorsitzer einen Blick auf dasselbe geworfen, als er mit den Worten aufsprang: „**Kun aber raus, raus, raus!**“ In demselben Augenblick stürzte sich ein sich als Kriminalbeamten ausgebende Mann, der neben dem Wahlvorsitzer gestanden hatte, auf den einen Genossen, um ihn, trotz gültigen Protestverjudes, zur Thür hinauszu stoßen. Das war das Signal zur staatsbehaltenden Generalsatade. Wahlvorstand und was von den 20 bis 30 im Wahllokale Anwesenden sonst noch zupaden konnte, warfen sich auf den zweiten Genossen, stießen ihn zu Boden, schlugen auf ihn ein und warfen ihn ebenfalls zur Thür hinaus. Im Schlimmeren zu entgehen, mühten die beiden mißhandelten Genossen schleunigst das Feld räumen. Ihre Hüte mühten sie zurückzulassen und ohne Kopfbedeckung die drei Stunden nach Prignitz im Sonnenbrand zurückzumarschieren. Als sie das Dorf Sadenbeck passierten, erwähnte sie ein dort stationierter Genosse zum schleimigen Weltersmarsch, da wie ihm mitgeteilt worden sei, ihre Ankunft von Wlesendorf aus bereits telephonisch signalisiert worden sei — vermuthlich nicht aus wohlmeinenden Absichten.

Das sind die „geistigen Waffen“ unsrer Staatsbehaltenden, unsrer Konservativen! Wenn die guten Leute Wlesendorfs und ihre Scharmacher sich freilich einbilden sollten, damit das „rote Gespenst“ ein für allemal vertrieben zu haben, so werden sie sich schwer getäuscht sehen. Wir kommen wieder! Wir werden dafür sorgen, daß auch in der Ost-Prignitz den Junkern und Junkergenossen die Lust zu derartigen schläglichen Heldenthaten vergeht!

„Budde will es!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Durch die Zeitungen geht die Mitteilung, daß ein Flugblatt der socialdemokratischen Organisation der Eisenbahnangehörten unter Hinweis auf eine Aeußerung des Herrn Ministers Budde die Eisenbahnbediensteten aufgefordert habe, socialdemokratisch zu wählen. Es handelt sich um die vom Herrn Minister am 24. Februar d. J. im Abgeordnetenhause gegenüber dem Abgeordneten Krüger gebrauchte Wendung: „Ich protestiere dagegen, daß ich irgendwie jemandem seine Stimmabgabe bei den Wahlen vorschreiben möchte; die Bediensteten können wählen wie sie wollen, auch Socialdemokraten, dagegen habe ich gar nichts.“ Der „Vorwärts“ hatte kurz vor der Wahl der Wiedergabe dieser Worte die Aufforderung an die Eisenbahnbediensteten vorausgeschickt: „Wählt socialdemokratisch. Budde will es.“ Es lag in diesem Falle eine jener bewußten Entstellungen der Wahrheit vor,

mit denen der „Vorwärts“ unangeführt operiert. Aus dem ganzen Zusammenhang, in dem der Minister die angeführten Worte gebraucht hat, ist ersichtlich, daß es ihm lediglich darauf ankam, in schärfster Form auszusprechen, daß ihm jede Beeinflussung der Stimmabgabe seitens seiner Untergebenen durchaus fern liege. Daß General Budde die Socialdemokratie und ihre Bestrebungen verurteilt und demnach die Wahl von Socialdemokraten nicht wünschen kann, geht aus derselben Rede vom 24. Februar mit aller Deutlichkeit hervor, in deren weiterem Verlaufe General Budde die Socialdemokraten als Unsturzpartei bezeichnete. Dieser Sachverhalt ist dem „Vorwärts“ sicherlich genau bekannt, er hat sich aber dadurch nicht abhalten lassen, auch in diesem Falle die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Im übrigen ist, wie wir hören, unmittelbar nach dem Täuschungsversuch des „Vorwärts“ an sämtliche Eisenbahn-Direktionen die telegraphische Weisung ergangen, der vom „Vorwärts“ beliebigen Ausbeutung der Aeußerung des Ministers in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Das Hauptopferorgan ist auf das Niveau des „Reichsboten“ herabgesunken. Es arbeitet mit der albernsten Unterstellung, die Socialdemokratie wolle Herrn Budde als Köder an ihre Angel fischen. Nun weiß jeder vollsinnige Mensch, das erstens Herr Budde bei der Wahl überhaupt nicht mehr zu „wollen“ hat als ein Wagenheber, daß zweitens kein preussischer Minister zur Wahl von Socialdemokraten auffordert und daß drittens die Berufung auf Buddes Autorität, wäre ihr scherzhafter Charakter nicht augenfällig gewesen, die Eisenbahner erst recht dazu veranlaßt hätte, nicht socialdemokratisch zu wählen.

Nun hat sich aber Budde als wahrer Freund der Socialdemokratie erwiesen. Um diese nicht länger durch den Verdacht ministerlichen Schutzes zu kompromittieren, hat er wirkliche Wahlbeeinflussung gegen die Socialdemokratie geübt. Was er dem „Vorwärts“ lächerlicherweise vorwirft, das scheidet er sich nicht selbst amtlich zu unternehmen. Beweis die folgende Nachricht aus Bromberg, die keinesfalls vereinigt bleiben wird.

### Wahlbeeinflussung in Bromberg.

Wir haben heute abermals einen jener merkwürdigen Umstände zu registrieren, unter denen die Wahl des Scharfmacher-Kandidaten Tiedemann zu Stande gekommen ist.

In der Werkstätte der königlichen Eisenbahnen in Bromberg wurde nämlich am Morgen des Wahltages folgende Bekanntmachung angeschlagen.

### Bekanntmachung!

Durch die staatsfeindliche socialdemokratische Presse wird die irrige Ansicht verbreitet: „Der Herr Minister Budde will, daß Socialdemokraten gewählt werden.“ Wir haben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß der Herr Minister ausdrücklich auf die gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige § 8 verwiesen:

„Der Arbeiter hat sich von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen fern zu halten.“

Die Socialdemokratie beschäftigt sich aber damit, die Sicherheit des Betriebsdienstes der Eisenbahn zu untergraben.

Es wird daher besonders von den befestigten und bestgehohnten Eisenbahnarbeitern, den Werkstättenarbeitern, ein einschüchtlendes Benehmen bei der Wahl erwartet.

Bromberg, den 16. Juni 1903.

### Werkstätten-Inspektionen A. und B.

Am Tage vor der Wahl ist ein Arbeiter, der seit 13 Jahren bei der Eisenbahn beschäftigt und dortselbst Invalide geworden war, plötzlich entlassen. Er soll zu seinen Kollegen gewöhnt haben, daß Budde nichts dagegen hat, wenn seine Arbeiter socialdemokratisch wählen. Ein Lauscher hatte diese Worte gehört und durch Verrat an die Direktion erfolgte die Entlassung.

Herr Budde hat sich also doch gemauert. Während er im Landtage erklärte, es falle ihm nicht ein, den Arbeitern das Wahlrecht einzuschneiden zu wollen, hat er jetzt mit Bekanntmachungen und Entlassungen für seinen Freund Tiedemann gearbeitet. Er hat damit freilich, in Gemeinschaft mit dem Regierungspräsidenten, nur einen Interims-Abgeordneten geschaffen. Herrn Tiedemanns Wahl ist zur Kassation reif.

### Der Stimmzuwachs der Socialdemokratie.

Bürgerliche Blätter bringen folgende Zusammenstellung: In runder Summe haben die Socialdemokraten diesmal 2 900 000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt gegen 2 107 000 vor 5 Jahren, Zunahme 800 000 Stimmen gegenüber einer Zunahme von nur 320 000 Stimmen von 1893 zu 1898. In Preußen erhielten die Socialisten diesmal rund 1 620 000 Stimmen gegen 1 142 000 im Jahre 1898; die größte Zunahme entfällt also auf Preußen. In Bayern erhielten sie 240 000 Stimmen (130 000), in Sachsen 420 000 (299 190), Württemberg 75 000 (62 000), Baden 70 000 (50 300), Hessen 60 000 (49 000), beide Mecklenburg 55 000 (47 000), Hamburg 101 000 (82 000), Elsaß-Lothringen 60 000 (52 000), in allen übrigen Staaten 225 000 Stimmen.

Die Zahlen sind entschieden zu niedrig. Sachsen hat diesmal 450 000 Stimmen (150 000 mehr) abgegeben. In Württemberg sind die socialdemokratischen Stimmen auf 99 519 angewachsen. Während die Socialdemokratie an dritter Stelle neben der Deutschen Partei rangierte, ist sie jetzt zur stärksten Partei auch in Württemberg geworden. Nach einer Zusammenstellung des „V. L.“ wurden in Württemberg abgegeben:

	16. Juni 1903	1898
Socialdemokratie	99 519 Stimmen gegen	62 453
Centrum	89 252	73 816
Volkspartei	62 298	75 105
Deutsche Partei	60 988	62 281
Konservative und Bauernbund	48 053	83 146

Gesiegen sind die socialdemokratischen Stimmen um rund 60 Proz. die Centrumsstimmen um 29 „ die Konservativen und Bauernbündler „ 45 „ Gesunken die der Volkspartei „ 17 „ die der Deutschen Partei „ 2 „

Auch Baden ist zu niedrig angegeben. Nach der „Kön. Ztg.“ wurden in Baden Stimmen abgegeben: liberale 103 848, für das Centrum 134 049 und socialdemokratische 71 921 gegen 90 191 liberale, 97 769 für das Centrum und 50 329 socialdemokratische im Jahre 1898.

Besonders erfreulich ist es, daß in Ostpreußen unsere Stimmzahl gegen 1898, wo unsere Fortschritte das Entsetzen der Junker erregte, wieder um rund 13 000 (von 45 644 auf 58 689) gewachsen ist. So sieht das agrarische Bollwerk gegen den Umsturz aus!

Weiter ist sehr bemerkenswert unser ungeheures, kaum erwartetes Wachstum in dem Paradies des Centrums, der oberen Rheinprovinz. Hier stiegen unsere Stimmen von rund 28 000 auf rund 51 000.

In der Provinz Schleswig-Holstein sind unsere Stimmen um 29 478, von 81 940 auf 111 418 gewachsen!

### Die Stichwahlsituation in Baden.

Aus Mannheim wird uns telegraphisch: Die badische Centrumsleitung proklamiert in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim Stimmhaltung. Wird die Parole befolgt, so sind diese Mandate für die Socialdemokratie zu gewinnen.

Das Centrum hofft durch diese Parole die fünf badischen Kreise zu gewinnen, in denen sie gegen die Nationalliberalen steht und in denen die Socialdemokratie den Ausschlag giebt.

### Stimmvertheiler.

Knapp vor den Thoren Berlins, auf dem Gute des Landtags-Abgeordneten, Milchbeterer und Rittermeister a. D. Ring auf Däppel entwickelte sich am Wahltage ein eigenartiges Bild. Herr Ring hatte seine Arbeiter auf einen Leiterwagen verladen und zum Wahllokal fahren lassen. Dort wurde streng darauf geachtet, daß keiner einen socialdemokratischen Zettel nahm. Herr Ring leitete persönlich die Aktion.

Auch früher war es nicht möglich gewesen, den Arbeitern socialdemokratische Stimmzettel zuzulassen. Socialdemokratische Agitatoren wurden vom Hof verwiesen und ein Arbeiter sagte ihnen: „Heute wählen wir für Euch und morgen müssen wir raus!“ Daß die Arbeiter nicht gerne für Hammer stimmten, geht schon daraus hervor, daß ihre Wohnungen erst neulich infolge socialdemokratischer Kritik ausgebeizert wurden.

Freilich konnte Herr Ring Jubels Wahl nicht hindern. Aber wenn es schon bei Berlin so zugeht, wie mag es erst im dunkleren Ostelbien aussehen, wo die Macht der „Herren“ noch viel größer und der Einfluß socialdemokratischer Kontrolle viel geringer ist?

Nach noch toller ging es im Dorfe Premslin (West-Prignitz) zu. Dort ließ der Rittergutsbesitzer seine Leute alle des Mittags vom Felde holen, und ohne daß sie erst nach Hause gehen durften, zur Wahl antreten. Vor dem Wahllokal waren nur konservative Zettel zu haben. Die Couverts mit den Stimmzetteln wurden sorgfältig in einem Suppentopf übereinander geschichtet und die Reihenfolge notiert. Trotzdem wurden unter zweiundzwanzig neun socialdemokratische Stimmzettel abgegeben. Am Abend hielt nun der Gutsbesitzer an seine Leute eine Ansprache, in der er sagte: Wenn sie in Rot kämen, sollten sie sich an den socialdemokratischen Kandidaten Dr. Wegl wenden.

Man sieht, daß die Opposition der Junker gegen die freie und geheime Wahl in Wirklichkeit zu einer wahren Obstruktion ausartet.

In Dorf und Gut Kadau (Jülichau-Schwiebus-Groffen) bildete der Oberinspektor als Wahlvorsteher den größten Teil der Wahlzeit allein das Wahlbureau und legte die Stimmcouverts der Reihe nach in einen Suppentopf. Das Wahllokal war im Gutgebäude selbst gelegen. Um 6 Uhr abends, also eine Stunde vor Wahlschluss, rief er dem Inspektor, der sich im Hofe aufhielt, zu, es seien sieben socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Auch die Namen der socialdemokratischen Wähler wurden zum Fenster hinaus publiziert.

In Jülichau-Schwiebus hat der Konservative mit wenigen hundert Stimmen Mehrheit gesiegt.

In Tschernitz (Hort-Sorau) nahm ein Aufseher des Gutes zehn Arbeitern den socialdemokratischen Stimmzettel weg und als der Kontrolleur der socialdemokratischen Partei eintritt, erhielt er zur Antwort: Das geht sie gar nichts an; hier bestimme ich! — In einer Reihe ländlicher Ortschaften ist sogar passiert, daß allen gesetzlichen Vorschriften zuwider unsere Kontrolleure aus dem Wahllokal gewiesen wurden.

### Die Wähler haben alles verjassen!

Aus dem Wahlkreise des Grafen Arnim, Rothenburg-Hoherswerda wird uns geschrieben: In Lodenau wurde eine Versammlung der konservativen Partei abgehalten, in der Herr Amtsvorsteher Kade, ein spezieller Freund des Grafen Arnim, sprach. Um feiner Rede und Bestimmung Anhänger zu verschaffen, mußte Herr Gastwirt Schmidt tüchtig einschlecken, um am anderen Tage die Rechnung Herrn Kade einzufenden, der auch prompt die Forderung seiner Zuhörer bezahlte. Im Orte Sänitz wurde am 12. Juni ebenfalls eine Versammlung abgehalten, hier sprach Graf Arnim selbst, auch hier wurde auf Rechnung des Grafen gepocht. In Reuforge zahlte Herr Kade allerdings nur ein Vier pro Mann, wurde zum Dank als Knauser gestempelt und die Wessanten wählten statt Arnim den freisinnigen Kandidaten Benzel. Herr Baron v. Diehbach, stellvertretender Landrat des Kreises Rothenburg, ließ vor der Wahl eine geharnischte Rede vom Stapel mit der Endbemerkung, daß Arnim zu wählen sei, wer dies nicht thue, solle lieber drauhen bleiben.

Graf Arnim hat Unsummen für Bier und Cigarren ausgegeben, um die Wähler für sich zu gewinnen.

In dem Orte Jöblich bestand die Wahlurne aus einem Pappkasten, so groß wie eine Cigarrenkiste, also nicht größer wie die Couverts der Wahlzettel. Doh in solchem Kästchen die Zettel trotz Schütteln nicht durcheinander kommen, ist wohl jedem klar. Es war also den Leuten der Kommission leicht möglich, an Hand der laufenden Nummern festzustellen, wie das Freibier gewirkt hatte.

Man begreift jetzt, warum sich die Phantasie des Herrn Grafen so sehr mit dem Verkauf beschäftigt. In der Stichwahl werden unsere Genossen wohl dafür sorgen, daß Graf Arnim nicht erst durch Wahlprotest aus dem Reichstagsbause geschafft werden muß.

Ähnlich wurde auch in Sagan-Sprottau gearbeitet: Der Kreisamtssekretär Glanz in Sprottau entwickelte in der ungehörigsten Weise die größten Beeinflussungen für die Wahl des konservativen Kandidaten. Die „Freisinnige Zeitung“ erhielt von dort eine Instruktion für die Vertrauensmänner der reichstreuen Parteien, unterzeichnet vom Vorstand der reichstreuen Parteien.

In derselben wird u. a. unter Nummer 6 aufgefodert, zweifelhaft Wähler aufzusuchen, thumlichst zu belehren und zur Stimmabgabe für den konservativen Kandidaten zu bewegen. Empfehlte sich solche Belehrung beim Glase Bier, so sind die Betreffenden zu einem solchen einzuladen“. Dann heißt es unter Nummer 8: „Wo durch die Arbeit der Vertrauensmänner (Dingung der Zettelanbieter und Holer, Einladung zum Glase Bier u. c.) Kosten entstehen, welche anderweitig private Deckung nicht finden, sind sie nachher beim Kassensführer, Herrn Kreisamtssekretär Glanz in Sprottau, zu liquidieren.“

Prügelstrafe für Jubel-Agitatoren! Mit roter Farbe wurde in Jossen am Tage vor der Wahl die Aufforderung „Wählt Jubel!“ an Hirgerleuten, Wänden und Baumstämmen angebracht. Die örtliche Polizeiverwaltung erläßt jetzt folgende Bekanntmachung: Wir setzen eine Belohnung von 20 Mark demjenigen aus, welcher uns die Thäter derauf nachweist, daß dieselben strafrechtlich zur Verantwortung gezogen resp. falls es sich um Kinder unter zwölf Jahren handelt, entsprechend gezüchtigt werden können.

### Centrum und Socialdemokratie.

Die kirchlich-agrarische „Reinische Volksstimme“ bespricht die Zunahme der socialdemokratischen Stimmen in Rheinland-Westfalen und bemerkt:

„Im Kreise Lemmer-Weitmarn-Remscheid ist die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 10 000 auf 21 000 angewachsen; in Solingen wurde der Socialdemokrat sofort mit großer Mehrheit gewählt, ebenso in Elberfeld-Barmen. In Düsseldorf hat der Socialdemokrat den Centrums-Kandidaten Kirch um 300 Stimmen überholt, während er bei der vorigen Wahl hinter ihm um 7000 Stimmen zurückgeblieben war. In Köln hat der Socialdemokrat 4500 Stimmen gewonnen und steht mit dem Centrum in Stichwahl; ob sich dabei Herr Justizrat Trimborn behaupten wird, wagen wir nicht mit aller Bestimmtheit vorauszusagen. In Duisburg-Wülfrath ist die Socialdemokratie von 14 000 Stimmen auf 23 000 angewachsen und steht mit dem Liberalen in der Stichwahl. Der Arbeiterkandidat des Centrums kommt also nicht mehr in die Stichwahl. In Essen hatte bei der vorigen Wahl die Socialdemokratie keinen Kandidaten aufgestellt, jetzt steht sie mit 23 000 Stimmen in der Stichwahl gegen den Centrumskandidaten Stöbel mit 35 000 Stimmen. In Bochum-Welsenkirchen ist die Socialdemokratie von 22 000 auf 35 000 gewachsen und steht mit dem Liberalen in der Stichwahl; das Centrum ist ausgefallen. In allen übrigen Städten Westdeutschlands haben die Socialdemokraten in gleichen Verhältnis gewonnen, selbst in Krefeld konnte sich Dr. Vachem nur mit einer schwachen Mehrheit behaupten. Trotzdem wird das Centrum im Gesamtresultat nur eine geringe Einbuße an Mandaten zeigen; denn in allen Kreisen, in denen die ländliche und bäuerliche Bevölkerung den Ausschlag giebt, hat die

Centrumpartei ihre Stellung behauptet. Einen Rückgang zeigt die Partei also nur dort, wo die Industrie vorherrscht und wo sie gegen die Socialdemokratie kämpfen muß, d. h. in den Großstädten und in den Industriebezirken. Gerade die jetzige Wahl hat wieder gezeigt, daß hier das Centrum seine Stellung nicht aufrecht erhalten kann und daß alle Wahlthaten, Zugeständnisse und Opfer an den Parteigegnern, welche die Centrumsleitung an die Fabrikherren und Industrie-Arbeiter verschwendet, doch nur verlorene Liebesmühen sind.“

Als Stützpunkt bleiben dem Centrum (nach der „Reinischen Volksstimme“ nur die ländlichen Kreise. Die Rückwärtsentwicklung des Centrums zur feudalaragrarischen Reaktion, die der „Reinischen Volkszeitung“ freilich sehr willkommen ist, ist damit durchaus richtig gekennzeichnet.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird uns geschrieben: Kampf — und Sieg! Koch nie ist unser Kreis von den Gegnern so bearbeitet worden wie diesmal. Auf allen größeren Dörfern, in jedem Städtchen hielten die drei gegnerischen Kandidaten selbst Versammlungen ab, alle kleineren Dörfer wurden von kleineren Agitatoren bearbeitet. An vier Tagen der letzten Woche wurden allein 17 gegnerische Versammlungen abgehalten. Ueberall wo wir konnten, traten wir den Herren entgegen und fortwährend wurden wir nach unserm „fürstlichen Zeitblatt“ in der Diskussion niedergeschmettert, freilich am anderen Tage waren wir wieder da. Eines muß anerkannt werden: Wir hatten drei Leute von anständigen Charakter zu bekämpfen und deshalb ist der Kampf von Anfang bis Ende streng sachlich geführt worden. Allerdings mußten bei uns von Kandidaten wie von einzelnen Genossen beinahe übermenschenliche Opfer gebracht werden. Dabei standen uns fast gar keine Geldmittel zur Verfügung, während die Gegner aus dem Vollen wirtschafteten. Die Residenz selbst hat schlecht gewählt, aber die Thüringerwald-Dörfer und die Unterherrschaft haben das Gleichgewicht hergestellt. Welche Zunahme wir haben, trotzdem die Einwohnerzahl des Kreises gleichgeblieben ist, ergeben folgende Zahlen: 1898: Soc. Hofmann 6838. Natl. 3005. Fr. Bg. 3102. 1903: 8722. 1903. 3244. Bd. d. L. 2257

1898 siegte der Nationalliberale, mit dem der Bd. d. L. zusammenhing, in der Stichwahl. Diesmal haben wir eine absolute Mehrheit von 1238 Stimmen. Es stehen noch 2 Dörferchen mit ungefähr 60 Wahlberechtigten aus, die nichts mehr ändern. Daß bei uns unbändige Freude und bei den Gegnern Kagenjammer herrscht, ist selbstverständlich, denn alles glaubte, wir würden wieder Stichwahl bekommen.

### München I.

Zur Stichwahl in München I schreibt der „Bayerische Courier“: „Eine Stichwahl-Parole der Parteilung des Centrums ist für München I noch nicht ausgegeben. Aber wir greifen der endgültigen Stellungnahme nicht vor, wenn wir schon jetzt sagen: eine Unterstützung des liberalen Kandidaten durch das Centrum ist absolut ausgeschlossen.“

Kein Kandidat darf eine Centrumsstimme erhalten, der nicht mindestens so viel Berechtigtestimmen besitzt, daß er sich für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt.“

so heißt es im Wahlaufsat der deutschen Centrumsfraktion. Der liberale Wahlkandidat für München I, Herr Schön, hat aber am 3. Juni in der liberalen Wählerversammlung in den Central-sälen ausgesprochen:

„Ich bin ein Gegner der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. (Lauter Beifall.) Ich bin Gegner, weil dann das ganze Geleit fällt. Wir haben Orden genug, und will einer eben gerade Jesuit werden, so steht ihm das Ordenskleid höher als das Vaterland, und dann hat er an uns und wir an ihm nichts verloren. Auch haben wir konfessionelle Kampfsähne genug. (Beifall.)“

Hoher und höhnischer kann man die Ueberzeugung des Gegners nicht behandeln. Der Eindrud dieser Worte ist um so widerlicher, als sie von einer Person ausgesprochen sind, der in den gebildeten Kreisen mit voller Antipathie begegnet wird.

Dazu kommt noch das Verhalten der Liberalen überhaupt. Das wüste Treiben der Liberalen, die abscheuliche Konfessionshege, welche der Münchener Liberalismus betreibt, schiebt jede Teilnahme des Centrums für den Münchener Liberalismus aus.

So ist dem Wahlerhaltungs die einzig korrekte Antwort des Centrums. Keine einzige Stimme des Centrums darf dem liberalen Kandidaten zukommen. Die Liberalen sollen ihren Kampf mit den Socialdemokraten allein ausfechten.

Im Jahre 1898 ist das Centrum den Liberalen beigesprungen und hat ihnen das Mandat von München I zugehängt. Allein werden die Liberalen unterliegen. Sie hätten es anders haben können.

Logischerweise muß sich das Centrum allerdings für jene Partei erklären, die gegen das Jesuitengesetz gekämpft hat und für volle Religionsfreiheit eintritt: die Socialdemokratie.

In Südbayern brachte der Tag der Entscheidung für die Socialdemokratie ein so glänzendes Ergebnis, daß unsere kühnsten Hoffnungen übertrifft wurden. Das wünscht die beiden Wahlkreise der Hauptstadt betrifft, so gelang es zwar nicht, München I auf den ersten Streich zu erobern. Doch ist hier die Zahl unserer Stimmen von 7733 auf 10076 gestiegen, während die Liberalen 6016, die Ultramontanen 5257, die Demokraten 715 und die Antisemiten 1085 Stimmen erhielten. Die Liberalen und das Centrum haben die unerbötlichsten Anstrengungen gemacht, da jede der beiden Parteien die andre überflügeln wollte, um mit uns in die Stichwahl zu kommen. Die Liberalen haben dieses Ziel erreicht, mehr aber auch nicht!

In der Stichwahl wird unser Genosse Vitzl sicher gewählt, zumal das Centrum unter heftigen Ausfällen gegen den liberalen Kandidaten Schön Stimmhaltung proklamiert; einzelne ultramontane Agitatoren fordern sogar direkt zur Wahl Vitzl an.

In München II erzielten wir ein Resultat, das in den Kreisen unserer Genossen stürmischen Jubel erweckte. Unsere Stimmzahl stieg hier von 23 116 auf ca. 41 000, also eine Zunahme von über 17 000. In diesem Falle hat sich das Centrum einmal gründlich verrechnet; es hatte die vielen Stimmigen, die das letzte Mal nicht zur Wahl gingen, sich selbst zugerechnet und hoffte wenigstens in die Stichwahl gegen Vollmar zu kommen. Nun, die Stimmigen haben diesmal zum großen Teil gewählt; aber nicht ultramontan, sondern den Socialdemokraten. In den Stadtbezirken des zweiten Wahlkreises brachten es die Liberalen auf 9165 (+ 3900), das Centrum auf 11 613 (+ 3900), die Demokraten auf 746 (+ 480) und die Antisemiten auf 1493 (+ 1400) Stimmen. Die Landbezirke stehen zum großen Teil noch aus.

Eine herzliche Freude können wir beim Betrachten der übrigen südbayerischen — und zwar auch der ländlichen — Wahlkreise haben. Selbst in Orten, wo unsere Agitatoren und Flugblattverteiler bei der letzten Wahl noch verbannt wurden, erzielten wir höchst beachtenswerte Resultate; sogar in dem frommen Wallfahrtsorte Mötting brachten wir es auf 46 Stimmen. Im schwarzen Wahlkreise Kitzbach, wo 1898 insgesamt 1319 Stimmen auf uns fielen, erhielten wir allein in Reichhausen diesmal 1361 Stimmen; in Passau-Stadt, der Domäne des Dr. Pichler stieg unsere Ziffer von 147 auf 606, in Freising-Stadt von 109 auf 287, in Moosburg von 55 auf 120! In dem Städtchen Schongau gelang es uns erst in den letzten Tagen ein Solal aufzutreiben und eine Versammlung abzuhalten; es wurden 107 Stimmen abgegeben gegen 3 im Jahre 1898. Die Bergwerksbezirke Wiesbad, Hansham, Penzberg, Peissenberg brachten natürlich ganz bedeutende Stimmziffern; auch der Wahlkreis Traunstein hat sich kräftig entwickelt und nicht mindere Fortschritte sind selbst in den schwärzesten Bezirken Niederbayerns zu verzeichnen. Wenn man nach der Ursache dieser glänzenden Entwicklung Südbayerns forscht, so kann gesagt werden, daß neben der allgemeinen politischen Lage und der fortschreitenden Industrialisierung die rastlose Agitations- und Organisationsarbeit den Erfolg vorbereitete.

### Der Wahlkampf in Offenbach.

Aus Offenbach wird uns vom 17. Juni geschrieben: Das heftige Wahlergebnis wird großes Befremden erregt haben in Anbetracht des vorangehenden guten Landtagswahl-Erfolgs. Das genaue Ergebnis stellt sich jetzt wie folgt: Genosse Ulrich erhielt 16 426 Stimmen, der Kandidat der Antisemiten und Nationalliberalen, Dr. Becker in Spandlingen 11 796 und der Centrums-Kandidat 6313 Stimmen, so daß Stichwahl zwischen den beiden Erstgenannten stattgefunden hat. Während die sozialdemokratischen Stimmen gegen die Wahl 1898 um 3000 stiegen, stieg die Stimmzahl der Gegner insgesamt um 7100, wodurch sie einen Vorsprung von 1600 Stimmen erhielten. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen verteilt sich auf den Landkreis Offenbach mit über 1300 und auf den Kreis Dieburg mit etwa 1000 Stimmen; auf die Stadt Offenbach entfällt nur eine Zunahme von 700 Stimmen. Man hätte auf eine Zunahme der Stimmen in Offenbach von 1500—2000 gehofft, die gereicht hätte, die diesmaligen kolossalen Anstrengungen der Gegner, den Kreis in ihre Hände zu bringen, zu nichte zu machen. Da über 8000 Wähler in Offenbach ihr Wahlrecht nicht ausübten, die sich in der Mehrheit aus den arbeitenden Klassen zusammensetzten, so liegt hier ein Mangel vor, dem abgeholfen werden muß, wenn nicht bei der Stichwahl die sich dann brüderlich vereinenden Gegner noch den Sieg davontragen sollen. Es gilt vor allem, diese Reserven mobil zu machen, um dem Streife seine sozialdemokratische Vertretung zu erhalten. Während bei der letzten Wahl das Centrum noch an zweiter Stelle rangierte, ist es diesmal auf den dritten Platz verwiesen worden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni.

### Die Internationale.

Folgende Glückwünsche unfranzösischer Mitstreiter sind heute zu verzeichnen:

Wir freuen uns Eures glänzenden Wahlerfolgs und begrüßen ihn als einen Sieg der internationalen Sozialdemokratie.

Für das internationale sozialistische Bureau  
Victor Serby.

Die revolutionären Sozialisten Bordeaux' senden der deutschen Sozialdemokratie brüderlichen Glückwünsche.  
Laporte.

Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London sendet beste Wünsche zum roten Siege. Im Auftrage: Freund.

Das Exekutivkomitee der unabhängigen Arbeiterpartei Glasgows, zwölf Organisationen umfassend, sendet zum glänzenden sozialistischen Siege ihre wärmsten Glückwünsche. Die Heimat des Gemeindefortwärtigen grüßt die Vorkämpfer des internationalen Sozialismus. Glückwunsch in Hoffnung auf neue Siege.  
Mad. Corl.

Die Redaktion von „Der Volk“ bringt in den Personen der „Vorwärts“-Redakteure den sozialdemokratischen Journalisten Deutschlands, die den großen Sieg (18. Juni) nicht in letzter Reihe mitelämpft haben, den Zoll ihrer aufrichtigen Bewunderung.

Für die Redaktion: Antersmit, Amsterdam.

In dem Bewußtsein, daß Euer Sieg auch unser Sieg ist, entbieten wir allen nützigen Streikern für die Befreiung der Menschheit brüderlichen Gruß und Dank. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Partei Vorstand der russischen Sozialdemokratie in Prag.

Die in öffentlicher Versammlung in Prag versammelten Sozialdemokraten senden den deutschen Genossen herzlichste Glückwünsche zum großen Siege bei den Reichstagswahlen. Empfangen unsere herzlichsten brüderlichen Glückwünsche zu Euren Wahlerfolgen. Sie geben uns Kraft und Mut zu neuen Kämpfen. Hoch die internationale Sozialdemokratie! Hoch Deutschlands Proletariat!

Die organisierten sozialdemokratischen Handlungsgehilfen Wiens.

Im Auftrage der Bezirksorganisation Pottendorf (Nieder-Oesterreich) übermitteln ich Ihnen die herzlichste Gratulation zu dem Wahlsiege des deutschen Proletariats.

Duda, Bezirksvertrauensmann.

Im Auftrage der Bezirksorganisation Trautenau (Böhmen) beglückwünsche ich Sie zu den herrlichen Erfolgen, die Sie bei den Wahlen am 18. Juni errangen und hoffe, daß auch bei den Stichwahlen das Banner der Sozialdemokratie siegreich vordringen wird.

Redaktion des „Trautenauer Echo“.

Krautfuß.

Ein Hoch den deutschen Arbeitern, die so tapfer das Nischtuch zerschnitten haben.

Die Redaktion der „Volkswacht“ in Mährisch-Schönberg.

Freundlich.

Der Arbeiterbund in Basel gratuliert der deutschen Bruderpartei. Hoch die Sozialdemokratie! Im Auftrage: Waffillieff.

In der „Petite République“ würdigt G. Raoul-Richard den Wahlsieg der deutschen Partei in längeren Ausführungen, in denen es heißt:

Die deutsche Sozialdemokratie ist friedlich gesinnt aus Prinzip und aus Parteizutreff. Die militärischen Ambitionen Wilhelms II. finden bei ihr den äußersten Widerstand.

Der sechzehnte Juni ist ein großer Tag für die deutsche Sozialdemokratie und für uns französische Sozialisten, deren Sache mit der ihrer Brüder in allen Ländern solidarisch ist, ein großer Tag auch für die Sache des Weltfriedens und des Fortschritts.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt:

Der Triumph der deutschen Sozialdemokratie ist That für die gesamte arbeitende Menschheit und so gewiß die sozialdemokratische Arbeit auf dem ganzen Erdenrund eine Einheit ist, die mit dem bewußten Willen dem einen, großen Ziele zustrebt, so gewiß wird dieser herausgehobene Fortschritt der größten sozialdemokratischen Partei seine fruchtbarsten Wirkungen für alle Arbeiter der Kulturwelt üben. Auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats ist man dem Ziele heute ein gewaltig Stück näher gekommen.

Der sozialdemokratische Sieg wird in Deutschlands politischem Leben tiefe Spuren ziehen. Als die weitaus stärkste Partei zieht die Partei der Arbeiter in den Reichstag, und dem Gewichte dieses Sieges wird sich weder das Parlament noch die Regierung, wird sich das gesamte Leben der Nation nicht zu entziehen vermögen. Aber in diesem Augenblick denkt niemand an Politik, denn das Hochgefühl dieses Triumphes läßt nichts Kleinliches an sich kommen. Die Macht der Sozialdemokratie ist uns offenbar geworden: wie sie die Kräfte erfüllt, die Herzen höher schlagen macht, haben wir gesehen. Wir haben, wie die Sozialdemokratie in dem Centrum der europäischen Kultur, innerhalb des größten und tiefsten Kulturvolkes der Erde, wie da die Partei des revolutionären Proletariats die ausschlaggebende Macht wird, in deren Namen sich alle sammeln, die der Befreiung der Menschheit dienen und zu ihr streben. Wir leben diesen zukunftsreichen Tag und senden den Gruß der Bewunderung den deutschen Weibern. Ein Tag herrlichster Freude, stolzesten Sieges war des Deutschen Reiches Wahltag!

Der Eindruck in Belgien war ein ganz gewaltiger. Der „Peuple“ hatte eine Extranummer herausgegeben, in welcher er die Wahlergebnisse veröffentlichte. Die sozialistischen Gebäude, wie Redaktion des „Peuple“, das Volkshaus, das Genossenschaftshaus, hielten nach Eintreffen der Siegesnachrichten die rote Fahne. Am Schluß eines Artikels schreibt der „Peuple“: „Der Sieg ist für uns Belgier doppelt lohnbar. Zwischen einem republikanischen Frankreich, das sich immer mehr zur Demokratie entwickelt, und dem alten Deutschland, wo der Sozialismus zum Träger des Geschickes des Landes wird, kann Belgien nicht eine Insel der schwarzen Reaktion bleiben. Der Sieg der deutschen Sozialisten ist auch der unsrer, und wir haben das Recht, uns seiner zu freuen und uns mit Hoffnung zu erfüllen.“

In Gent ist der Sieg der deutschen Sozialdemokratie ebenfalls mit großer Freude in den Arbeitervierteln aufgenommen worden. Der „Voornut“, das Organ der Genter Arbeiterschaft, ver-

breitete Extrablätter, die die Siege der deutschen Genossen kündeten; das Volkshaus „Voornut“ und andere sozialistische Gebäude hielten die rote Fahne.

### Die Ehrlosigkeit der Armut

ist von preussischen Richtern in drei Instanzen durch gerichtliches Urteil festgelegt worden! Ueber diesen geradezu ungeheuerlichen Fall, der in minder bewegten Zeiten das größte Aufsehen erregen müßte, aber auch jetzt hoffentlich die gebührende Achtung finden wird, wird uns berichtet:

Die Verfassung einer An siedlungsgenehmigung beschloß am Donnerstag den vierten Senat des Oberverwaltungsgerichts. Der Kaufmann L. hatte gegen den Amtsrichter zu Holtzberg, welcher ihm die Genehmigung zur Errichtung von drei Wohnhäusern in der Gemeinde Holtzberg nicht erteilt hatte, Klage bei dem Kreisaustrich Stottbus erhoben, war aber mit derselben, ebenso wie mit der beim Bezirksausstrich zu Frankfurt eingelegten Berufung, zurückgewiesen worden. Beide Instanzen nahmen in Uebereinstimmung mit dem Amtsrichter an, daß gemäß § 15 des preussischen An siedlungsgesetzes vom 25. August 1876 für die benachbarten Acker der Holtzberger Bauern eine Gefährdung der Kulturen begründet sei, und war deshalb, weil die vorausgesetzlichen Mieter bei dem geringen Umfange der projektierten Wohnungen und des dazu gehörigen Landes zweifellos Proletarier sein würden, die sich von den Erträgen der Landwirtschaft oder des Gartenbaues nicht ernähren könnten — und daher mutmaßlich auf Hans ansahen würden! Der Kläger focht diese Ansicht mit der Revision vor dem Oberverwaltungsgericht als ungesetzlich an. Sein Vertreter Rechtsanwalt Dr. Vroh führte aus, daß die Unterstellung, als ob die beschlossenen Volksgenossen von vorn herein auf Vergehen ausgingen, völlig ungerechtfertigt sei; vielmehr sei zu erwarten, daß die proletarischen Mieter sich durch ehrlichen Erwerb als Handwerker oder Tagelöhner ihren Unterhalt verdienen würden. Klagen doch gerade die Besitzer auf dem Lande über den Mangel an solchen Arbeitern. Ein Recht der Besizenden, wie solches der Vorentscheidung zu Grunde liege, proletarische Elemente von ihrer Nachbarschaft fernzuhalten, sei weder gesetzlich, noch social, noch ökonomisch begründet. — Die Revision wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß, wie der Präsident eingehend ausführte, ein Rechtsirrthum des Vorderrichters nicht vorliege. Die thatsächlichen Feststellungen seien nicht revidibel; das Ober-Verwaltungsgericht könne deshalb auch nicht prüfen, ob nicht gerade mit vollem Recht der Vorderrichter in der Beschloßigkeit der künftigen Mieter eine Gefahr für die Nachbarn gesehen habe!

Die sächsischen Richter sind übertrumpft: Sie haben den Offiziersstand für den ersten Stand erklärt. Preussische Richter fangen die Sache am andern Ende an und erklären die beschlossene Volksklasse für den letzten Stand, für Räuber und Diebe!

Wenn das System, aus welchem dieses Urteil entsprungen ist, längst hinweggeschwemmt sein wird, wird dieses Urteil als ein vollgültiges Dokument dafür erscheinen, wie blind die Vertreter des alten Regimes in Deutschland gewesen sind. —

### Ritter von der Schnapskassette!

Ein naider Landgeistlicher hat dem „Reichsboten“ einen Brief geschrieben, darin es heißt, er begreife nicht, wie seine Gemeindeglieder, lauter anständige, nette Leute, sozialdemokratisch wählen könnten. Der „Vorwärts“ hat dazu bemerkt: „Socialdemokraten sind nicht nur anständige Menschen, sondern sie sind die besten und edelsten Kräfte des deutschen Volkes, der wahre Adel der Nation, die einzige Partei, die Kraft, Energie, Bildung, Einsicht und Idealismus besitzt.“

Darauf antwortet die konservativ „Kreuz-Zeitung“ in ihrem Abendblatt vom 19. Juni wörtlich:

Das haben sich die Ritter von der Schnapskassette, denen diese Ehre offenbar gilt, gewiß nicht träumen lassen, daß ihre geistige und sittliche Ueberlegenheit in dieser ungerechten Welt noch einmal gewürdigt werden könnte. Sie werden sich gewiß auch fernerhin bemühen, dieses hohe Lob zu rechtfertigen, und viele noch nicht recht „firme“ Genossen veranlassen, es ihnen nachzutun, damit die Freunde des „Vorwärts“ eine vollkommene und durch und durch berechnigte werden möge.

Der Herr, der das geschrieben hat, ist wahrscheinlich selbst dabei nicht ganz nüchtern gewesen. Er hätte sonst bedenken müssen, welche Früchte seiner Partei ihr bestunungsloses Beschimpfen bisher gebracht hat, und wie wenig vorteilhaft es für seine Partei ist, vor den Stichwahlen die Unflätigkeiten des Grafen Arnim zu übertrumpfen. —

## Deutsches Reich.

Die Konferenz der Finanzminister wird abgesetzt oder vielmehr, es wird bestritten, daß man sie überhaupt abhalten wollte. Die Herr Schweinburg wissen will, beabsichtigt man, vorläufig durch weitere Zuschüpfung die Einzelstaaten zu entlasten und abzuwarten, wie der Polthale weiter laufen wird.

Den Tabak und das Bier wollen sie vorläufig in Ruhe lassen. Aber die Zuckerschwärze ist nicht minder ruinös. Vielleicht, daß man schließlich auch noch auf ein andres Auskunftsmitel verfällt, wenn die Stichwahlen halten, was die Hauptwahlen versprochen. —

Die Ansprache Wilhelms II. an die Arbeiter wird vom Bureau des „Hauptvereins der Deutschen Konservativen“, Berlin W., Köthenerstraße 8, auch noch zu den Stichwahlen verbreitet. Es kosten bei portofreier Verendung: 100 Stück 75 Pf., 500 Stück 2,75 M., 1000 Stück 4 M. —

Ein freier Herr. Eine merkwürdige Nachricht erhält das „Berliner Tageblatt“ aus Kattowitz. Danach hat im Wahlbezirk Bogutschlag der Ortspfarrer wegen der zahlreichen polnischen Stimmen, die bei der Wahl abgegeben sind und zur Stichwahl zwischen dem Centrums-kandidaten Petosha und dem Polen Korlanth geführt haben, die Predigt eingestellt. Außerdem schloß der Pfarrer auch zahlreiche Kinder vom Religionsunterricht aus.

Das wäre gar schön! Wenn alle die Herren, denen der Ausfall der Wahlen unangenehm ist, das Beispiel des Bogutschlager Pfarrers nachahmen und streiken würden, könnte ja Deutschland garnicht mehr — regiert werden! —

Wahlkuriosa. Ein Herforder Lokalblatt bringt in schwarzem Rand diese Dankfugung:

Nach der verlorenen Schlacht spreche ich allen treuen und fleißigen Mitkämpfern für ihre große Aufopferung als Politiker meinen herzlichsten Dank aus, zu größerem Danke allerdings bin ich persönlich denen verpflichtet, die durch die Bekämpfung meiner Wahl so außerordentlich viel zu meinem persönlichen Wohl und Glück beigetragen haben. Herford, den 17. Juni 1903. Luentin, Oberbürgermeister. —

Im Teltower Kreise wurde dieses Flugblatt verbreitet:

Mobilmachung zur Reichstagswahl für alle alten Soldaten!

General-Idee: Wiedereroberung des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg für die Ordnungsparteien. — Special-Idee: Heranziehung aller reichstreuere Wähler des Ortes zur Ausübung ihres Wahlrechts. — Erster Mobilmachungstag: 18. Juni 1903. Morgens 4 Uhr: Weiden. Morgens 8 Uhr: Antreten vor dem Wahllokale, Morgens 8—9 Uhr: Sprung- und Uebungsübungen an der neuen Wählstelle, Frühübungen mit Stimmzettel-Umschlagen. Vormittags 8—9 Uhr: Ruhe. Vormittags 9—10 Uhr: Bereitstellung der Wäffer (Verteilung der Stimmzettel, Herbeiführung der Wählerlisten, Rassen der Wähler). Vormittags 10—11 Uhr: Kavallerie fährt den Aufmarsch und die Abfahrt und die Sprache des Feindes auf. Vormittags von 11 Uhr ab: Springweises Vorgehen der Infanterie in Gruppen von Haus zu Haus. Die Feldartillerie progt in der Nähe der Wahllokale, ab. Pioniere befehlen die Ausgänge des Ortes. Kein Mann, der nicht vorher gewählt hat, kommt aus dem Ort, jeder wird erst zum Wahllokal geführt. Eisenbahntuppen und Artillerie befehlen die

Wahlhöfe und die Stationen sowie die Haltestellen der Straßenbahn und lassen niemand fort, ehe er nicht gewählt hat. Die Lustschiffer setzen sich nach Abgabe ihrer Stimmzettel auf das höchste Dach des Ortes, eventuell auf den Kirchturm, und spähen aus, wo Stimmzettel fehlen und wo sich träge Wähler versteckt halten. Auf der ganzen Linie unangesehene Abancieren zu allen Wahllokale. Nachmittags 3 Uhr: Infanterie-Patrouillen suchen im Umkreise von 300 Metern vom Wahllokal, Kavallerie-Patrouillen im weiteren Umkreise die Gemeinde nach faulen Wählern ab. Nachmittags 4 Uhr: Abmarsch neuer Patrouillen: ein Gespann a zwei, welches die Feldartillerie stellt, für Kameraden, die nicht zu Fuß gehen können; zu Kameraden über 70 Jahre je ein Gefreiter und ein Mann des Sanitätskorps mit Feldflasche und Brotbeutel. Nachmittags 5 Uhr: Abmarsch der letzten Patrouillen zur Einholung der letzten Wähler. Nachmittags 7 Uhr: Das Ganze halt! Verändern der Resultate. Abends 7 1/2 Uhr: Abreiten der Feldjäger mit den Resultaten. Abends 8 Uhr: Sammeln, Abfuchen und Spelung. Abends 11 Uhr: Retraite. Zweiter Mobilmachungstag: 25. Juni 1904. —

Leider fand der Spaß schon am 18. Juni sein Ende. —

## Husland.

### Cesreich-Ungarn.

Die ungarische Ministerkrise scheint bisher ihrer Lösung nicht näher gerückt zu sein. Graf Stephan Tisza und der ungarische Landesverteidigungs-Minister von Fejervary sind nach Wien geweiht und wie dem ungar. Telegr.-Korresp.-Bureau von dort gemeldet wird, hat Graf Tisza die Mission zur Kabinettsbildung in die Hände des Kaisers zurückgelegt, da keine Aussicht vorhanden ist, für seine Politik eine Majorität zu gewinnen. —

## Frankreich.

Militärjustiz. Paris, 17. Juni. (Eig. Ber.) In Nantes, der Choanens-Hauptstadt, hat die Militärjustiz wieder einmal ein cynisches Urteil gefällt. Sie hat die „allerheiligste“ militärische Disziplin zu Gunsten des Materialismus mit Füßen getreten. Lieutenant Portier, der sich geweigert hatte, an der Spitze seiner Compagnie bei der Schließung einer Redemptoristen-Kapelle mitzuwirken, wurde vom Kriegsgericht einstimmig freigesprochen. Und doch lag in diesem Falle die Gehorsamsverweigerung des Offiziers offen zu Tage. Er hat, wie die Beweisführung ergab, seinem Vorgesetzten direkt den Gehorsam verweigert, und er zeigte auch die Offenheit, vor dem Gericht den Thatsachend nicht abzuleugnen. Viel Mut gehörte freilich dazu nicht. Seine Preisprechung war im voraus verbürgt, nicht nur durch die militärischen Präcedenzfälle, sondern auch durch den Bericht des militärischen Untersuchers, der in jesuitischer Beweisführung das Einstellen des Verfahrens beantragt hatte. Der Verleibiger des Angeklagten gab an juristischen Gründen den jesuitischen Kniff zum besten, daß die Handlung Portiers keine Gehorsamsverweigerung, sondern einen Gehorsamsmangel darstelle. Indes die Scheingründe sollten eben nur den Schein wahren. Den Ausschlag gaben die „religiösen Ueberzeugungen“ und die Familienverhältnisse Portiers, dessen Bruder ein König und dessen Schwester eine Königin ist. Ein hinreichender Grund zum Disciplinbruch in den Augen derselben kirchlichen Militärrichter, die einen Soldaten, der aus seinem socialistischen Gewissenszwang heraus sich weigern würde, auf streifende Arbeiter zu schießen, unsehbar mit der ganzen Wucht des barbarischen Militärkodes germalmen würden. —

## Serbien.

Zur Charakteristik des serbischen Offizierscorps. Kürzlich wurde aus Belgrad mitgeteilt, daß sich dort der Lieutenant Lazar Ivanowitsch vom 8. Infanterie-Regiment erschossen habe, weil er sich dadurch gekränkt gefühlt hätte, daß er vom Offizierscorps seines Regiments für unwürdig gehalten worden sei, an den Wodanschlügen teilzunehmen. Diese seltsame Selbsterschließung erfährt jetzt von dem Belgrader Korrespondenten der „Times“ eine Aufklärung, die den Geist des serbischen Offizierscorps in seiner ganzen Erbärmlichkeit enthüllt. Nach diesem Bericht war der Selbstmord ein erzwungener. Ivanowitsch war in die Verdächtigung eingeweiht, hatte aber, weil ihm schließlich doch Bedenken aufstiegen, an dem Anschlag nicht teilgenommen. Dafür wurde er vor ein Offiziersgericht gestellt. Er führte als Entschuldigung seiner Abwesenheit an, daß er sich verschlafen habe, worauf seine Richter ihm erklärten, daß er entweder Selbstmord verüben oder vor einem Kriegsgerichte erscheinen müsse. Ivanowitsch zog das erstere vor und erschoss sich. Noch ein anderer Fall ist charakteristisch für die im serbischen Offizierscorps herrschenden Anschauungen. Am Dienstagmorgen wurde unter dem Donner der Geschütze und dem Läuten der Glocken ein junger Offizier beerdigt, der den Titel „Der Held der Arme“ erhalten hat. Die Kirche entfaltete ihren ganzen Prunk und ein Regiment Soldaten folgte der Leiche des jungen Offiziers. Als seine „Geldenthat“ wird folgendes bezeichnet: In der Wodnacht wurde in dem Palast von den Verschwörern der Kommandeur einer Division überfallen, die in der Nähe der Hauptstadt ein Lager bezogen hatte. Der Divisionskommandeur entkam und trat unterwegs einen berittenen Soldaten, der Derselben für seine Division hatte. Er befohl dem Mann, abzustiegen, stieg auf und ritt in der Richtung auf sein Lager zu, um den Versuch zu machen, dem König mit seiner Division zu Hilfe zu eilen. Kurz vor dem Lager wurde er aber von dem jungen Lieutenant eingeholt. Es entspann sich ein tödtendes Handgemenge, in welchem der Kommandeur getödtet und der Lieutenant tödtlich verwundet wurde. Der junge Offizier starb am Montag im Hospital.

Belgrad, 19. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht folgendes Communiqué vom 5. Juni a. St.: Der hiesige russische Gesandte teilte dem Minister des Auswärtigen mit, er nehme seine Beziehungen mit der serbischen Regierung heute wieder auf, da Kaiser Nikolaus geruht habe, König Peter I. anzuerkennen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zum deutsch-kanadischen Zollkonflikt.

London, 19. Juni. (B. Z. B.) Oberhaus. Camperdown bringt die Erklärung des Ministers des Innern, Lord Lansdowne, zur Sprache, daß die deutsche Regierung angedeutet hätte, daß wenn andere englische Kolonien dem Beispiele Kanadas folgten und der britischen Einfuhr Vorzugsbehandlung gewährten, Großbritannien wahrscheinlich nicht mehr die Bedingungen einer meistbegünstigten Nation zugestanden werden würden. Er verlangt die Veröffentlichung des mit Deutschland über diesen Punkt geführten Schriftwechsels. Der Minister des Innern Lord Lansdowne erwidert: Ich möchte die Auffassung zurückweisen, daß die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit durch vorläufige Freundseligkeit gegen die englische Regierung getrieben worden sei. Die deutsche Regierung hat einen Weg eingeschlagen, welchen einzuschlagen für sie vielleicht nicht unnatürlich ist, wenn sie, wie es der Fall war, die Art und Weise kannte, in der wir diese Frage bisher zu behandeln getohnt waren. Ich hoffe innerhalb einiger Tage die auf den Gegenstand bezüglichen Schriftstücke, die mit dem Jahre 1897 begannen und bis zur Gegenwart reichen, veröffentlicht zu können. Camperdown zieht darauf seinen Antrag zurück.

Das Urteil im Alsenfeiner Gattenmord-Prozess. Alsenfein, 19. Juni. Die Besitzfrau Przhgobda wurde vom Schwurgericht dreier Gattenmorde für schuldig erklärt. Der Gerichtshof erkannte demgemäß dreimal auf Todesstrafe und Ehrverlust.

Stockholm, 19. Juni. (B. Z. B.) Heute nachmittag ist der erste Lappland-Expedition von Stockholm nach Karol, der südlichsten Eisenbahnstation der Erde, abgegangen. Der Zug legt die gesamte Strecke von 1580 Kilometern in 48 Stunden zurück.

Die Stichwahl im ersten Berliner Kreise.

Kaum daß die Hauptwahlen in fünf Berliner Kreisen siegreich beendet sind, da wird schon wieder zu neuem Kampfe gerufen: zum Kampfe für die Stichwahl im ersten Wahlkreis. Nur ein Gedanke befeelt das kassenbetäubte Proletariat: fünf Wahlkreise haben wir erobert, auch der sechste muß unser werden! Erfüllt von diesem Gedanken, machten sich am Donnerstagabend Tausende von Wählern auf den Weg nach dem Feenpalast, wo Genosse Webel den Stichwahlkampf im ersten Kreise mit einer großen Rede einleitete. Schon um 7 Uhr war der geräumige Saal vollgepackt abgeseipert und draußen stauete sich eine dichtgedrängte Menschenmasse, die keinen Einlaß mehr finden konnte. Webel, allseitig durch begeisterte Hochrufe begrüßt, gab ein großartiges, durch launige Bemerkungen besonders interessant gestaltetes Bild von dem beispiellosen Wahlsiege der Socialdemokratie. Großmütig, ja mit einer Regung von Mitleid konnte man daher das kleinliche, lächerliche Geleise einer konservativen und liberalen Gegner aufnehmen, die trotz aller schätzbaren Wahltricks eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Eine antisemitische Partei gäbe es jetzt einfach nicht mehr, und der Freisinn sei dank seiner Prinzipienlosigkeit und der phänomenalen Ungeschicklichkeit seiner „genialen“ Führer so gut wie zerrieben. Es könne ruhig zugegeben werden: hätte der Liberalismus seine Schuldigkeit getan, dann wären wir noch nicht so weit. Bestenfalls auch, daß eine große Anzahl Bürger und Beamte für uns gewählt haben, weil ihnen die Haltung der andren Parteien und besonders die des leuchtendsten Liberalismus in der Seele zuwider sei. Wenn jetzt die Gegner in einer Anwendung von Selbstkenntnis in ihr Kämmerlein gehen würden, dann dürften sie vielleicht zur Einsicht kommen, daß sie in ihrer Verleumdung der Socialdemokratie außerordentlich ungeschickt, um nicht zu sagen herzlich dumm gehandelt haben. Bedner erinnert hier an die politische Vergangenheit Eugen Richters. Lang, lang ist's her, als der damals allgemein bewunderte Volksmann selbst in regelrechter Obstruktion gemacht habe. Das sei Eugen Richters größte Zeit gewesen. Damals habe er wie ein Löwe gekämpft, doch heute seien ihm die Zähne ausgebrochen. Mit Hilfe der Reaktionen des Wahlstreifes hätten die Eugen Richter auch diesmal noch in den Reichstag hineinkommen, doch wie möge dem armen Manne wohl zu Rute werden, wenn er dort „die Häupter seiner Riesen“ zählt. Nach einer herben Kritik des Militarismus und der Regierungspolitik im allgemeinen freisetzte Bedner dann die Haltung des Centrums. Zwar würden die katholischen Arbeiter von den Centrumsführern gefesselt in Dummheit gehalten, doch wie diese Wahlen lehren, wird es auch in den dunklen Centrumstagen schon Tag. Heute liebäugelt die Regierung mit dem Centrum, weil sie dessen vorkommenden Einfluß schätzen gelernt hat. Während des unsinnigen Kulturkampfes habe es stolz geheißen: „Wir gehen nicht nach Canossa“, und heute sei man nach Canossa geradezu geeilt. Der nächste große Kampf werde von der Socialdemokratie unabweisbar mit den Dunkelmännern des Centrums geführt werden. Es sei der Kampf für Volkserhaltung. Zur Stichwahl des 1. Kreises übergehend, belächelte Bedner dann den Vorwurf unserer Gegner: die Führer der Socialdemokratie seien meistens keine Proletarier. Offenbar sollen sich derartige Verurteilungen auch auf den Genossen Dr. Leo Arons, dem Kandidaten im 1. Kreise beziehen. Demgegenüber müsse er sagen: Leute, die ihre eignen großbürgerlichen Interessen hinteran setzen und aus Gerechtigkeitsfimmel und Idealismus in die Reihen des kämpfenden Proletariats treten, verdienen gewiß die höchste Anerkennung. Das Proletariat habe aber auch bereits am 19. Juni bewiesen, wie hoch es solche Männer schätzt, denn das Schlagwort der Gegner, die Arbeiterkraft müsse vor dem Despotismus der ehrgeizigen socialdemokratischen Führer geschützt werden, sei durch das Wahlergebnis kläglich zu Schanden geworden. Zum Schluß erwähnte Webel die Genossen des 1. Kreises, alle Reserven heranzuziehen, damit am 25. Juni auch hier der Sieg unser werde. Auf die Stimmen der Konservativen mit ihrem General a. D. verzichte die Socialdemokratie natürlich von vornherein. Wohl aber möge es sich jeder wirklich freiheitsliebende Bürger überlegen, ob er dem betrotteten Freisinn fernerhin noch Beifolge leisten wolle. Denn es sei nun einmal eine feststehende Tatsache: der Freisinn habe keine liberalen Grundzüge längst über Bord geworfen und die Socialdemokratie müsse diese mit vertreten. Deshalb, alle Mann auf Deck! Am 25. Juni muß die rote Fahne auch über dem ersten Berliner Wahlkreise wehen. (Stürmischer wiederholter Beifall.) Hierauf nahm Genosse Arons das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er erinnerte die Bürger an den unvergeßlichen Johann Jacob und erwähnte sie, sich diesen wirklichen Democaten und späteren Socialisten zum Vorbild zu nehmen. Dann würden Webels Worte nicht ungehört verhallen. (Beifall.) Da Gegner sich nicht zum Worte meldeten, so wurde die Kreisversammlung mit begeisterten Hochs auf die siegreiche Partei sowie auf Webel und Arons geschlossen.

Ueber das Verhalten der Polizei außerhalb der Versammlung wird uns geschrieben: Ohne jeden ersichtlichen Grund waren ganz außerordentliche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen worden. Es machte den Eindruck, als wären die Schulleute von halb Berlin hier zusammen gezogen. Helm an Helm sah man auf den anliegenden Straßen blitzen, ganze Schutzmannposten waren postiert, um die Straße für das Publikum zu sperren. Die Kaiser Wilhelm-Brücke, die Friedrichs-Brücke, der zwischen beiden liegende Teil der Zeugstraße, sowie die Heilige Geist- und die Wolfgangstraße waren völlig abgeseipert. Deshalb diese Maßnahmen getroffen wurden, ist ganz unverständlich. Gewiß, es waren Tausende von Menschen zusammengedrängt, um den Genossen Webel zu hören. Viele Hunderte von ihnen fanden keinen Einlaß. Sie blieben stehen in der Hoffnung, durch irgend einen Umstand begünstigt, vielleicht dennoch in den Saal zu gelangen, und — sie standen in jenen verkehrsarmen Straßen, die den Feenpalast begrenzen, niemand im Wege. Wäre die Polizei auch nur annähernd so kulant gewesen wie bei patriotischen Anknüpfungen, wo die übliche hurra-schreiende Menge selbst in den verkehrsreichsten Straßen stundenlang unbehelligt stehen darf, so hätte es sicher nicht den geringsten Zwischenfall gegeben. Die Mehrheit der Schulleute benahm sich zwar nicht provozierend. Viele von ihnen trafen in gelassener Ruhe ihre Anordnungen, die auch durchweg befolgt wurden. Andre Beamte aber legten eine sehr unpassende Nervosität und völlig überflüssige Schärfe auf den Tag, die dann vom Publikum in nicht gerade freundlicher Weise aufgenommen wurde. Besonders erregend wirkte das Eingreifen der berittenen Schulleute, die ihre Säule umhertreten ließen wie angeführte Sonntagstreiter. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen: Drei befohrene Polizeibeamte hätten den Sicherheitsdienst bei dieser Versammlung besser versehen können, wie dieses Rassenaufgebot von Schulleuten. Gerade die vielen Schulleute zogen durch ihre bloße Anwesenheit noch eine Masse von neugierigen Passanten heran, die für die Versammlung überhaupt kein Interesse hatten. Unter diesen fehlte es natürlich auch nicht an jenen Elementen, die immer zum Nabaumachen bereit sind, und die sich stets dort einfinden, wo aus der Anwesenheit zahlreicher Schulleute geschlossen wird, daß „etwas los“ ist. Diejenigen, welche gekommen waren in der Absicht, die Versammlung zu besuchen, gaben der Polizei durchaus keine Ursache zu so unpassenden „Sicherheitsvorkehrungen“.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In den Siegesjubel, den der Ausfall der Wahlen hervorgerufen hat, fallen ein paar Trauernachrichten. So starb in Düsseldorf der Rechtsanwalt Wilhelm Velle, der seiner Zeit im Oberfelder Gemeindevorstand mit zu den Angehörigen gehörte. Aus Gesundheitsrücksichten konnte er sich in den letzten Jahren

nicht mehr am Parteileben beteiligen, ist aber bis zuletzt ein eifriger Anhänger unserer Partei geblieben. — In Durlach starb der alte 57jährige Parteigenosse Lautenbach, der von Anfang der Parteibewegung bis zum letzten Atemzuge für unsere Bewegung thätig war. Lautenbach dürfte namentlich noch im Gedächtnis manches unter dem Socialistengesetz ausgewiesenen Genossen lebendig sein, von denen eine größere Anzahl bei ihm vorübergehend Unterkommen fanden.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsergebnisse der deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaften für 1902. Für das Jahr 1902 liegen nunmehr die Geschäftsergebnisse aller Hamburger und Bremer Reedereien vor, soweit diese ihrer Organisationsform nach zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtet sind. Die Betriebskapitalien haben in den Jahren 1901 und 1902 bei mehreren Gesellschaften namhafte Erhöhungen erfahren. Ende 1902 hatten die Hamburg-America Linie und der Norddeutsche Lloyd je 100 Millionen Mark Aktienkapital (1901 je 80 Millionen), die Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa folgte mit 15, die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Hamburg mit 12 Millionen. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hatte 11 1/2, die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Kosmos in Hamburg 11, die Deutsche Ostafrika-Linie in Hamburg 10 Mill. Die Gesellschaft Argo in Bremen verfügte über 7, die Deutsche Levante-Linie in Hamburg über 6 Millionen, die Gesellschaft Reptun in Bremen über 3 1/2 Millionen Mark Aktienkapital.

Bei der Mehrheit der genannten Gesellschaften ist ein weiterer Teil des Betriebskapitals durch Anleihen beschafft und zwar 38 1/2 Millionen beim Lloyd, 30 1/2 Millionen bei der Hamburg-America-Linie, über 5 1/2 Millionen bei der Südamerikanischen Gesellschaft, fünf Millionen bei der Ostafrika-Linie, über 4 1/2 bei der Hansa, annähernd 2 Millionen bei dem Reptun und der Austral-Linie, und jetzt drei Millionen bei der Levante-Linie. Recht beträchtlich sind allgemein die Reserven. Die allgemeinen und Specialreserven insgesamt belaufen sich bei der Hamburg-America-Linie auf 21,2, beim Lloyd auf 21,1 Millionen. Sie betragen ferner 6,3 Millionen bei der Hansa, 5,7 bei der Südamerica-Gesellschaft, 3,0 bei der Gesellschaft Kosmos, 2,6 bei der Austral-Linie, 1,7 bei der Ostafrika-Linie, 1,6 beim Reptun, 1,0 bei der Levante-Linie.

Unter den gegenüberstehenden Aktiosten kommt natürlich in erster Reihe der Wert der Seeschiffe in Betracht. Bei der Hamburg-America-Linie standen 119 Seeschiffe mit 143,5 Millionen zu Buch, beim Lloyd 107 Seeschiffe mit 141,8 Millionen, ferner buchten Hansa 41 Schiffe mit 22,8 Millionen, Südamerica-Linie 22 Schiffe mit 22,9 Millionen, Austral-Linie 23 Schiffe mit 18,5, Kosmos 28 Schiffe mit 14,0, Ostafrika-Linie 18 Schiffe mit 15,8, Argo 27 Schiffe mit 8,6, Reptun 49 Schiffe mit 6,3, Levante-Linie 36 Schiffe mit 9,7 Millionen Mark. Zuverlässige Angaben der Flotten kommen in mehreren Fällen zu noch höheren Angaben über den Verkaufswert.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht einen ausführlichen Auszug aus den beiden Vorreden an die Zeichner der verschiedenen Anlagen zu dem neuen Vertragentwurf für das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat. Darin wird das Verhältnis des Kohlenyndikats zu dem Coalsyndikat und dem Briquetverkaufverein geregelt. Es wird vorgeschlagen, diese beiden sehr selbständigen Verbände dem Kohlenyndikat anzugliedern und bei dem letzteren je eine Coals- und Briquetkommission zu bilden, welche über die Vermessung der Versteigerungsziffer am Coals- und Briquetabzug, über Streitigkeiten usw. entscheidet. Für die jetzt dem Coalsyndikat und dem Briquetverkaufverein angehörenden Neuen soll bei dem Inkrafttreten des neuen Vertrages die bisher bei diesen Verbänden festgestellte Versteigerungsziffer maßgebend sein. In ihren Einzelheiten lehnen sich die Vorschläge an die bisherigen Bestimmungen der Verträge des Coalsyndikats und Briquetverkaufvereins an.

Oesterreichische Bahnverstaatlichungen. Die Einbringung der Regierungsvorlage betreffend die Einlösung der österreichischen Linien der Eriten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn und der Ungarischen Westbahn durch den Staat im Abgeordnetenhaus steht unmittelbar bevor. Durch die Einlösung der Bahnlizenzen, deren Besitz und Betrieb bereits an den Staat übergegangen sind, werden die letzten Konsequenzen aus den finanziellen Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1899 gezogen. Dabei übernimmt der Staat nach der neuen Regierungsvorlage die Prioritätsobligationen zur Selbstzahlung und hat die fünfprozentige Prioritätsanleihe der Ungarischen Westbahn zurückzahlen oder zu konvertieren. Die Beschaffung des zur Entrichtung des Einlösungspreises erforderlichen Kapitals soll durch die Ausgabe von Kronenrente bewerkstelligt werden. Die Ausübung des Einlösungsrechtes bietet die Möglichkeit zur Herabsetzung der Annuitätenzahlung um 1 Proz., was bei der Eriten Ungarisch-Galizischen Eisenbahn eine Ersparnis von 145 000 Kronen, bei der Ungarischen Westbahn eine solche von 55 000 Kronen bedeutet.

Sociales.

Das Ende einer Schwindelkassette. Am 14. Mai fand vor dem Bezirksauswahlschuh Termin wegen Schließung der Krankenkasse „Union“ in Hannover statt. Der Termin wurde vertagt, bis der Staatsanwalt über seine Ermittlungen Bericht erstattete. Die neue Verhandlung ergab, daß inzwischen die königliche Staatsanwaltschaft gegen die Kasse vorgegangen ist und deren Geschäftsbücher beschlagnahmt, eine Maßnahme, die das Gericht gutgeheßen hat. Die verschiedenen Fälle großer Unregelmäßigkeiten — es waren nicht weniger als 50 Beschwerden eingegangen —, die in der Verhandlung zur Sprache kamen, waren belastend für die Kassenverwaltung. Der Vertreter der Beklagten gab zwar diese Vorommnisse zu und machte geltend, daß die Unregelmäßigkeiten auf Grund mangelnder Kenntnis des Kassensystems seitens der Verwaltung und der Beamten vorgekommen seien und daß betrügerische Absichten nicht vorgelegen hätten. Durch die Fortnahme der Bücher sei eine ordnungsmäßige Weiterführung der Geschäfte überhaupt nicht mehr möglich gewesen. Der Bezirksauswahlschuh folgte folgenden Beschluß: 1. wird die vorläufige Schließung der Kasse angeordnet; 2. behält sich der Bezirksauswahlschuh die Entscheidung über den Antrag des Polizeipräsidenten auf endgültige Schließung der Kasse vor. Die endgültige Schließung wird hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die Wählhauser Ortschaft, welche durch die Regierung zur Wiederanstellung ihrer früheren Ärzte gezwungen wurde, beabsichtigt nach bürgerlichen Vätern die freie ärztliche Behandlung der Ehefrauen und Kinder abzuschaffen, wodurch sie den Ärzten einen empfindlichen Ausfall zuzufügen glaubt. Dieser Plan soll zur Durchführung kommen, sobald der noch ausstehende Bescheid des Ministers auf die Beschwerde der Kasse zu Ungunsten derselben ausfällt. Um den Mitgliedern den Wegfall der Familienunterstützung weniger fühlbar zu machen, wird man einen Sanitätsverband gründen, von dessen Einnahmen (5 bis 10 Pf. wöchentliche Beiträge der Mitglieder) besonders Ärzte zur Behandlung der Frauen und Kinder befohlet werden.

Der freiwillige Selbstmord-Ladenschluß wird in einem Rundschreiben an Ladeninhaber Dresdens von Seiten eines großen Ladengeschäfts angeregt. Es heißt in dem Rundschreiben sehr zutreffend: „Wenn Herrschaften der warmen Jahreszeit macht sich die Wahrnehmung, daß das Dresdener Publikum seine Einkaufszeit bis in die späten

Abendstunden hin ausdehnt, in ebenso auffallender als unangenehmer Weise fühlbar. Die Thätigkeit unserer Angestellten wird bis auf das äußerste in Anspruch genommen, und es wird jedem meiner Herren Kollegen begreiflich erscheinen, daß Abspannung, Nervosität und sonstige Krankheitserscheinungen gerade in dieser Zeit sozusagen an der Tagesordnung sind. In München, das ungleich größeren Straßenverkehr und Fremdenfrequenz als Dresden aufweist, werden ohne jede Ausnahme die Geschäfte präcise 7 Uhr geschlossen, und es bleibt dann dem Chef sowohl, als den Angestellten Zeit genug übrig, um sich im Freien von des Tages Last erholen zu können. Das spätere Schließen der hiesigen Geschäfte kann nur als ein arger Mißstand des öffentlichen Verkehrslebens betrachtet werden, und das Publikum, das sich naturgemäß mit seinen Bedürfnissen solchen anpaßt, wird ohne jeden Zweifel auch die Münchener Gewohnheiten annehmen und einsehen lernen, daß der Einkauf täglicher Bedürfnisse auch in etwas frühere Tagesstunden verlegt werden kann und muß. Können wir uns und unsere Angestellten die uns gebührende Erholung! Ich richte an meine Herren Kollegen die ganz ergebene Bitte, von nächsten Montag ab bis mit 15. September. Sonnabend ausgeschrieben, präcise 7 1/2 Uhr die Geschäftsräume derart zu schließen, daß von diesem Zeitpunkt an kein Käufer in selbe mehr Zutritt hat und nur noch die Wünsche des in den Räumen anwesenden Publikums erledigt werden.“

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Versammlung. Vortrag von Frau Paula Thiede über: „Frauenarbeit und Frauenorganisation“. Um zahlreichem Besuch dieser Versammlung bitten Der Vorstand. Am 6. Juli findet die Generalversammlung statt und bitten wir, bis dahin die rückständigen Beiträge zu entrichten. D. D.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Am Sonntag, den 21. Juni, früh 8 Uhr, findet im ersten Wahlkreis von folgenden Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt: Bahn, Stralauerstr. 48, Weihnacht, Grünstr. 21, Glaue, Kleuaustr. 18, Metzger, Dorotheenstr. 69, Frank, Charlottenstraße 60, Wolf, Mauferstr. 60, Radtke, Hensburgerstr. 24. Den Genossen, die sich zur Hauptwahl an den Flugblattverbreitungen beteiligt haben, bestens dankend, bitten wir, auch jetzt uns ihre Mitarbeit angezeihen lassen zu wollen!

Den Genossen, welche aus den einzelnen Kreisen der Provinz Brandenburg in Berlin arbeiten, zur Nachricht, daß laut Entscheid des Eisenbahndirektoriums die Arbeiterfahrkarten für die Stichwahlen ebenso benutzt werden können wie am Tage der Hauptwahlen.

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Weisensee. Die Genossen, welche sich an den Stichwahlen beteiligen wollen, werden ersucht, sich Sonnabend, den 20. d. M., abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Schmutz, König-Chaussee, einzufinden.

Lokales.

Polizeiliche Eingriffe in das Versammlungsrecht. Schon wiederholt haben wir berichtet, daß die Polizei gegen die streikenden Metallarbeiter der Firma Wehlich in der Sophienstraße in einer Weise vorgeht, die die schärfste Kritik verdient. Streikposten wurden ohne jeden rechtlichen Grund sistiert, nach dem Polizeipräsidenten transportiert und dort längere Zeit in Haft gehalten. Den streikenden Arbeitern wurde das Betreten der Sophienstraße verboten, mit einem Wort: die Polizei waltete in der Sophienstraße ihres Amtes betart, daß sie von einem Gendarm in Hinterpommern, wo Amtsvorsteher und Landrat oft ein ungeniertes Willkürregiment führen, nicht mehr übertriften werden kann.

Bisher konnte man annehmen, daß das unter dem Schutze der Straßenpolizei-Ordnung gegen die Streikenden verübte Unrecht auf das Konto der Beamten des betreffenden Reviers zu setzen sei. Jetzt ist aber durch Thatsachen der Beweis erbracht, daß auch das Polizeipräsidenten den unberechtigten Kampf gegen die streikenden Arbeiter mitmacht. Während die Revierbeamten in der Sophienstraße durch ihr Vorgehen gegen die Streikposten das Koalitionsrecht der Arbeiter schwer beeinträchtigen, greift der Polizeipräsident ohne weiteres in das Versammlungsrecht der Arbeiter ein. Er verbietet dem Metallarbeiter-Verbande kurzer Hand die Abhaltung von Versammlungen in der Sophienstraße!

Der Ortsvorsteher des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Cohen, meldete dieser Tage eine Versammlung an, die im Lokal Sophienstraße 34 stattfinden sollte. Statt der Anmeldebefcheinigung, die die Polizei zu erteilen verpflichtet ist, erhielt Cohen ein Schriftstück, welches kurz und bündig sagt: Der Polizei-Präsident. Abteilung VII. Die von Ihnen für den 17. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, in dem Lokale Sophienstraße Nr. 34 angemeldete Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird hierdurch auf Grund des § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten.

So wird also das durch die preussische Verfassung für jeden Staatsbürger festgelegte Recht, ohne obrigkeitliche Erlaubnis Versammlungen abzuhalten, durch einen Federstrich des Polizeipräsidenten für einen Teil der Staatsbürger einfach aufgehoben. Nicht etwa um ein einzelnes Verbot handelt es sich, sondern um eine ganz allgemeine Verhinderung von Versammlungen des Metallarbeiter-Verbandes. Nach dem ersten Verbot meldete Cohen eine Versammlung für den folgenden Tag an. Auch diesmal erfolgte prompt das Verbot in der oben angegebenen Form. Noch ein drittes Mal wiederholte sich derselbe Vorgang, und da Cohen den Versuch, das Versammlungsrecht auszuüben selbstverständlich beharrlich fortsetzt, so werden auch jedenfalls weitere Verbote folgen.

Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß die hier bezeichneten Versammlungsverbote völlig ungesetzlich sind. Der § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts, auf den sich die Polizei beruft, giebt ihr nicht das Recht, Versammlungen zu verbieten, selbst wenn sie befürchtet, daß durch die Versammlung die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werden könnte. Diesen Standpunkt hat das Ober-Verwaltungsgericht erst kürzlich wieder eingenommen aus Anlaß eines Versammlungsverbots in Danzig, es entspricht übrigens der herrschenden Rechtsauffassung dieses Gerichtshofes. Auch auf dem Berliner Polizeipräsidenten muß diese Rechtslage lennen, und deshalb ist es um so mehr zu rügen, daß man trotzdem mit ungesetzlichen Verböten vorgeht.

Was für Anschauungen auf dem Polizeipräsidenten über das Versammlungsrecht herrschen, und wie unbekümmert man in dies durch die Verfassung garantierte Recht eingreift, dafür zeugt eine Unterredung, welche Genosse Cohen mit einem Beamten des Polizeipräsidenten, dem Geheimrat Kuhl, hatte. Cohen beschwerte sich auf dem Polizeipräsidenten persönlich über das ungesetzliche Verbot. Er

Wurde an den Geheimrat Wahl gewiesen, und dieser Beamte sagte zu Cohen: Wozu halten Sie denn Versammlungen ab, da wird ja doch nichts Wichtiges besprochen. Wie lange wollen Sie denn noch streiken, soll es denn das ganze Jahr so fortgehen? Glauben Sie denn, daß wir immer die Hälfte der Berliner Schulleute nach der Sophienstraße schicken können?

Als Cohen den Herrn Geheimrat auf das kürzlich veröffentlichte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts aufmerksam machte, welches das Verbot als ungesetzmäßig bezeichnete, da meinte der Herr Geheimrat in aller Seelenruhe: Das Urteil kennen wir, aber es bleibt bei dem Verbot. Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, können Sie den Rechtsweg beschreiten. Glauben Sie nur nicht, daß wir ein Verbot, welches wir gestern erlassen haben, heute wieder zurücknehmen.

Das ist echt preussischer Polizeigeist: Was kümmert uns Gesetz und Rechtsprechung! Wir machen das wie wir wollen! Der Staatsbürger kann den Rechtsweg beschreiten, dann wird nach Monaten entschieden, daß das Vorgehen der Polizei ungesetzmäßig war, aber die Nachteile, die den Staatsbürgern aus dem polizeilichen Eingriff in ihre Versammlungsrechte erwachsen sind, die kann das Urteil nicht wieder gut machen!

Die Versammlungsverbote werden auch in dem vorliegenden Falle ohne Zweifel durch gerichtliches Urteil als ungesetzmäßig erklärt werden, und das Polizeipräsidium wird eine Niederlage erleiden, die es sich hätte ersparen können.

### Ein Stück öffentlicher Gesundheitspflege.

Der Transport kranker Kinder nach den Krankenhäusern wird gewöhnlich in der denkbar einfachsten Weise bewerkstelligt, die aber bei ansteckenden Krankheiten auch die denkbar gefährlichste ist. Man setzt sich mit dem Kinde, das vielleicht an Masern, an Scharlach, an Diphtherie leidet, in eine Droschke, auch wohl in die Straßenbahn, den Omnibus oder die Stadtbahn und fährt so zum Krankenhaus. Daß das nach einer Polizeiverordnung von 1893 strafbar ist, wissen die wenigsten, und die wenigen, die es wissen, lassen meist Polizeiverordnung und Strafandrohung leichtfertig außer acht. Sie bringen andre Kinder in Gefahr, angefaßt zu werden, aber es giebt leider Leute genug, denen das gleichgültig ist. Zum Transport der Kinder wird oft auch der Kindertwagen, der eigene oder ein geliehener, benutzt. Auch das ist eine Leichtfertigkeit, weil es die andern Kinder, die nachher den Kindertwagen weiter benutzen, gefährdet.

An einem Transportmittel, das für kranke Kinder geeignet und dabei nicht zu teuer wäre, hat es bisher gefehlt. Dem seit langem empfindlichen Mangel, der auch schon in der Stadtverordneten-Versammlung von sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Sprache gebracht worden ist, soll jetzt abgeholfen werden durch ein Transportmittel für kranke Kinder, das unter Zustimmung des Polizeipräsidiums in Kraft getreten ist. Das Institut hält an verschiedenen Punkten der Stadt Kindertwagen bereit, die gegen Entgelt benutzt werden können und nach der Benutzung desinfiziert werden. Auf telefonischen Anruf an die Centrale (Hörsier u. Schulze, Dresdenstr. 80, Amt IV, 130) bringt ein Bote den Wagen und schafft darin das Kind mit oder ohne Begleitung eines Angehörigen nach dem Krankenhaus. Der Transport einschließlich Wagenbenutzung kostet 3 M., die dem Boten gegen Quittung einzuhändigen sind; die Desinfektion des zum Auseinandernehmen eingerichteten Wagens erfolgt auf Kosten des Instituts.

Der Preis ist der Leistung angemessen, aber manche Eltern werden diese 3 M. kaum dranhenden können. Wann werden wir in Berlin die Organisation des Kranken-Transportwesens als einer kommunalen Einrichtung bekommen, die unentgeltlich in Anspruch genommen werden kann? Wann wird man einsehen, daß es sich hier um ein Stück öffentlicher Gesundheitspflege von höchster Wichtigkeit handelt? Wann wird die Gemeinde dem Einzelnen mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie jedem die Möglichkeit giebt, eine Gefährdung der Gesundheit und des Lebens seiner Mitmenschen zu vermeiden?

Ein gemeiner Streich. Von irgend einem gemeinem Keel ist die Nachricht verbreitet worden, unser Genosse Jubeil wäre infolge eines Schlaganfalls im Oberbarnimer Kreise gestorben. Die Nachricht beruht auf böswilliger Erfindung.

Beschädigung des Dresdener Städtetages. Die Gemeindebehörden von Berlin haben beschloffen, der Einladung zur Beteiligung an dem deutschen Städtetage in Dresden zu folgen. Teilnehmen werden 10 Magistratsmitglieder und 16 Stadtverordnete. Letztere sollen am nächsten Freitag von den Abteilungen vor der Stadtverordneten-Sitzung gewählt werden.

Zur Lage der Omnibusangestellten. Von einem Omnibusbeamten mittleren Ranges werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitteilungen, die wir kürzlich über die Lage der unteren Beamten gebracht haben, sich in den die Direktion angehenden Punkten vermutlich nicht auf den Direktor Schmolll beziehen sollen, sondern auf den Direktor Oberst a. D. Franz; daß aber sachlich unsere Darstellung leider zutreffend ist, das wird auch von dieser Seite nicht bestritten. Die Angaben, die wir gemacht haben, waren uns von Omnibusangestellten schriftlich übergeben worden, und es war uns von anderer Seite, gleichfalls von Omnibusangestellten, auf unsere Anfrage mündlich bestätigt worden, daß es sich um Direktor Schmolll handle. Wir müssen jedoch jetzt annehmen, daß hier wirklich eine Personenverwechslung vorliegt. Sie ließe sich nur daraus erklären, daß manche der Omnibusangestellten die Persönlichkeiten ihrer Direktion kaum recht kennen lernen, obwohl alle den Druck zu fühlen kriegen, den die Direktion ausübt. Wir begnügen uns hiernach mit der Feststellung der Thatsache, die bisher unbefristet geblieben und uns von Omnibusangestellten auf unsere erneute Anfrage erneut bestätigt worden ist — die Thatsache, daß mindestens ein Direktor der in Rede stehenden Omnibusgesellschaft durch den Eifer, mit dem er die Interessen seiner Gesellschaft und der beteiligten Aktionäre zu wahren sucht, die Unzufriedenheit der Angestellten erregt.

Aus Anlaß der Reichstagswahl entlassen. Die Arbeiter der Metallkloppfabrik von J. C. Wabde, Hoflieferant, Spandauerstr. 46, erhielten am Wahltage Urlaub von Mittag bis 2 Uhr. Zwei Arbeiter, die in entfernten Stadtteilen wohnen und erst um 8 Uhr von der Wahl zurückkehrten, wurden durch den Meister entlassen.

Die Pestquarantäne erfährt nach dem Beschluß der heutigen Konferenz morgen, Sonnabend, wieder eine wesentliche Milderung. Der Postbeamte Leptin aus der Augsburgerstraße, bei dem Dr. Sachs wohnte, wird mit seinem Koffen, einem zehnjährigen Knaben Wurchardt, der in der letzten Zeit mit seinen Kindern gespielt hatte, morgen entlassen. Frau Leptin und ihre beiden Kinder bleiben noch bis Montag in der Barade, weil der Mann erst seine Wohnung wieder in Stand setzen will. Nach ihrer Entlassung werden die Wärter Marggraf und Wogen und der Institutsdienner Mai aus der Barade 7, in der auf der einen Seite Dr. Sachs starb und auf der andern Marggraf während seiner Krankheit lag, nach der Barade umgelegt, die die Familie Leptin mit dem kleinen Wurchardt bisher bewohnte. Marggraf, Wogen und Mai bleiben noch weitere zehn Tage in der Beobachtung und Absperrung, ebenso die Aerzte Dr. Otto, Dr. Wflugmacher und Dr. Horn. Mit der Entlassung einer Person oder mehrerer Personen, die zusammen eine Verhüllungsgruppe bilden, beginnt für die folgende Person oder Gruppe noch eine neue zehntägige Quarantäne. Weiter kann man in der Vorstadt kaum gehen. Das Befinden des Wärters Marggraf ist noch immer sehr gut. Er befindet sich außer dem Bett und pflegt den Wärter Wogen, der ihn während seiner Krankheit pflegte und jetzt an einem rheumatischen Leiden darniederliegt. Die Polizeiwache, die für die Pestbaraden aus einem Wachtmeister und zehn Schutzmännern gebildet war, wird morgen aufgelöst. Nur ein Tages- und Nachtposten bleibt noch am Eingang der Baraden, die für das Publikum noch zehn Tage gesperrt sind. Die Entlassungen erfolgen

alle unter denselben strengen Vorkehrungsregeln: Bad, neue Kleidung usw.

Die städtische Blindenanstalt ist vor einem halben Jahre von der Alken Jakobstraße 112 nach der Cranienstraße 26 verlegt worden. Das alte städtische Gebäude ging in den Besitz der Reichsdruckerei über und ist bereits abgerissen, um einem Neubau für dieselbe Platz zu machen. In der Anstalt werden zur Zeit 65 schulpflichtige Blinde Kinder unterrichtet und rund 150 erwachsene Blinde mit Stuhl- und Korbflechten, Bürstenbinderei und weiblichen Handarbeiten aller Art beschäftigt. Wie alljährlich zur Reisezeit, so haben auch in diesem Jahre die erwachsenen Mädchen Hängematten angefertigt. Derselben sind aus bestem Material dauerhaft gearbeitet und zum Preise von 2,50 M. bis 7 M. für Erwachsene und Kinder vorrätig. Durch Abnahme der Matten wird den Blinden neue Arbeit und damit neuer Verdienst zugeführt. Gleichzeitig sei daran erinnert, daß von den blinden Männern, die zum Teil Familienväter sind, Stühle geflochten werden. Derselben werden kostenlos abgeholt und wieder zugestellt. Das Verkaufsbüro befindet sich in der Anstalt und ist werktäglich von 8—6 Uhr geöffnet.

Mit der noch immer unaufgeklärten Affaire Steinauer beschäftigt sich, so meldet eine Lokalforschung, auf Grund neuer Verbindungen gegenwärtig wieder die Kriminalpolizei. Der Kaufmann St. hatte sich, wie wir wiederholt meldeten, Anfang Oktober vorigen Jahres aus seiner Wohnung in Roabit entfernt, angeblich, um in einer geschäftlichen Angelegenheit sich nach Tegel zu begeben und ist seit dieser Zeit verschwunden. Da der Vermisste stets viel Geld und Wertgegenstände bei sich trug und damit häufig prahlte, so lag die Vermutung nahe, daß er das Opfer eines Verbrechen geworden. Am Tage seines Verschwindens trug er 1500 M. in bar und Schmuckgegenstände in gleichen Werte bei sich. Alle Nachforschungen der Kriminalpolizei, die eifrig bemüht war, den eigentümlichen Vorfall aufzuklären, waren bisher vergeblich, selbst die Leiche Steinauers konnte noch nicht aufgefunden werden. Anfang dieser Woche ist der Kriminalpolizei eine Mitteilung zugegangen, durch welche die Annahme, daß der Kaufmann ermordet worden, eine teilweise Bestätigung findet. Die Kriminalpolizei hat auf Grund der Befragung eine ganz bestimmte Spur, über welche wir, im Interesse der Untersuchung, eine nähere Angabe nicht machen können, aufgenommen und hoffentlich dürfte diese Nordafaire baldigt ihre Aufklärung finden.

Wegen Brandstiftung und verübten Mordes ist ein Mädchen Namens Anna Bulowseja aus der Fennstr. 35 verhaftet worden. Der Maurer Verthold, der mit dem Buchbinder Karl Voigt in der Fennstr. 60 in Schlafstube wohnt, wurde in der Nacht zum Donnerstag durch einen starken Feuerchein aus dem Schlafe geweckt und sah, daß auf dem Bette seines Stubengenossen Voigt die Decke in hellen Flammen stand. Voigt schlief noch. Verthold weckte ihn und beiden gelang es, das Feuer zu erlöschten, bevor es weiter um sich gegriffen hatte. Als sie nun nach der Ursache des sonderbaren Brandes forschten, fiel ihnen auf, daß es nach Petroleum roch und daß die Stubenthür, die sie von innen verschlossen hatten, aufstand. Bald fanden sie auch eine kleine Medizinflasche, aus der die Bettdecke mit Petroleum getränkt worden war und die noch einen Rest davon enthielt. Da die Wirtsleute im festen Schlafe lagen, so konnte das Feuer nur von außen in die Wohnung hineingetragen sein. Da dachte Voigt daran, daß seine ehemalige Braut Anna Bulowseja, mit der er gebrochen hatte, Nähe an ihm genommen haben könnte. Auf dem Wege nach dem Revierbureau fragte er deshalb gleich den Wächter, ob nicht eine Frauensperson aus dem Hause herausgekommen sei. Der Wächter bejahte nicht nur diese Frage, sondern beschrieb auch die Frauensperson so genau, daß Voigt darin seine frühere Braut sofort erkannte. Diese wurde, nachdem die beiden Männer auf der Revierwache Anzeige erstattet hatten, festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. Sie leugnet nicht, den Brand angelegt zu haben, behauptet aber, sie habe vor Aufregung über die Lösung des Verhältnisses nicht gewußt, was sie gethan habe. Damit stimmt es aber nicht ganz überein, daß sie sich, um in das Zimmer gelangen zu können, schon vor einigen Tagen die Schlüssel verschafft hatte. Auf die Frage, ob sie Voigt habe umbringen wollen, antwortete sie nur, sie habe alles ganz ohne Bestimmung gethan. Die Festgenommene wurde heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Revolvententat wurde gestern Abend gegen acht Uhr im Tiergarten unweit der Sieges-Allee verübt. Aufeinander aus Eifersucht schoß ein dem Bürgerstande angehöriger Mann auf ein vor ihm gehendes Liebespaar. Das Mädchen wurde durch einen Schuß in die Lunge verletzt, ein zweiter verfehlte sein Ziel. In einer Droschke wurde die Verletzte in die nächste Rettungswache gebracht. Der Attentäter entfloh und gab auf die Verfolger noch zwei Schüsse ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich in das rechte Ohr und die Brust. Schwere verwundet wurde er in einer Droschke als Polizeigeisfangener in die Charité eingeliefert.

Im Tiergarten erschoss sich heute früh um 2 Uhr der 24 Jahre alte Handlungsgehilfe Arnold Kochmann vom Weinbergsweg 1, der in einer Drogenhandlung in der Lohringergasse angestellt war. Der junge Mann war vor zwei Jahren wegen einer Lungenentzündung operiert worden und klagte seit einigen Tagen wieder über Schmerzen. Da er fürchtete, daß sich das alte Uebel wieder einstellen werde, so machte er seinem Leben ein Ende.

Drei schwere Straßenausfälle, von denen der eine einen tödlichen Verlauf nahm, werden uns heute gemeldet: Von einem Fouragewagen überfahren und getötet wurde in der Monumentenstr. in Schöneberg die dreijährige Martha Guthmann, deren Eltern in der Hofenriedbergstr. 13 wohnen. Das Kind spielte auf dem Fahrdamm, als der mit zwei Schimmeln bespannte Fouragewagen in schärfster Carriere herankam und die Fäden des Fuhrwerks der Kleinen über den Leib gingen. Der schuldige Führer des Wagens entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht. Das Kind, welches schwere innere Verletzungen erlitten, verstarb schon nach kurzer Zeit. Das in einigen Zeitungen wiedergegebene Gerücht, nach welchem das Unglück durch einen Motortwagen der Südringbahn angerichtet worden sei, ist unzutreffend. — Durch einen Postwagen umgestoßen und schwer verletzt wurde gestern Abend in der Culmstraße der siebenjährige Schüler Max Mohlau, Sohn des Schneidemeisters M., in der Culmstr. 14. Der Kleine spielte auf dem Fahrdamm und lief blindlings gegen die Pferde des in schnellerem Gange befindlichen Postpalettwagens. M. wurde umgestoßen und von den Mähren des Wagens gestreift. Mit schweren Verletzungen am Kopfe wurde er der elterlichen Wohnung zugeführt. — Von einem Lastwagen abgefahren ist gestern nachmittag vor dem Hause Kommandantenstraße 5 der elfjährige Schüler Paul Fröhlich aus der Andreasstraße 59. Der Knabe wollte beim Ausladen von Warenballen behilflich sein, verlor hierbei das Gleichgewicht und stürzte mit dem Kopfe gegen eine an den Wagen angelehnte Leiter. Fröhlich hat, wie auf der Inspektions festgestellt wurde, einen Schädelbruch erlitten und mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Feuerbericht. Schwere Brandwunden erlitt gestern Abend um 9 Uhr bei einem Brande Frau Emilie Dohersheim in der Neifenaustraße 4. Hier entstand durch Unachtsamkeit Feuer; Möbel und Gardinen gerieten in Brand. Bei dem Verlöschen, die Flammen zu erlöschten, zündete die Kleider der Frau D. Feuer; diese zog sich Brandwunden zu, die ihr von im Samariterdienst ausgebildeten Feuerwehrmännern verbunden wurden. Nachts um 11 Uhr brannten in der Liebenwalderstr. 42 Wäsche, Speck, Kisten u. dgl. Nach der Königsbergerstr. 7 wurde der siebenste Zug gerufen. Dort brannte Schwefel in einem Wabellager. In der Esserstr. 47/48 war durch Explosion eines Spirituslochers Feuer ausgebrochen, das Werten z. ergriffen hatte. Ein Bodenbrand mußte in der Stolpischestr. 4 gelöscht werden und ein Wohnungsbrand in der Luisenstr. 66. Außerdem wurde die Feuerwehr noch nach der Waldstr. 33, Lantensstraße 188, Greiswalderstr. 19, Koppensstr. 61 und andern Stellen gerufen.

Kinderspiele. Morgen Sonntag beginnen die vom Turnverein „Fichte“ arrangierten und geleiteten Kinderspiele. Der

Verein richtet nochmals die Bitte an alle Eltern, ihre Kinder, Knaben und Mädchen zu den Spielen zu entsenden. Gespielt wird an neun Sonntagen, vormittags von 9—12 Uhr. Versammlungsort für den Nordost-Bezirk: Landsberger Platz am Krieger-Denkmal; Spielplatz: Sportplatz Friedrichshagen. — Versammlungsort für den Südost-Bezirk: Ober-Friedrichshagen am Schützenbusch; Spielplatz: Treptower Park. — Versammlungsort für den Nord-Bezirk: Bahnhof Vossellstraße; Spielplatz: Jungfernsheide. — Versammlungsort für den Südwest-Bezirk am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Versammlungsort für Rosenthaler Vorstadt und Wedding: Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Fernbahnhof. Spielplatz für letztere beiden Versammlungsorte: Sportplatz Norden, Vehmstraße. Abmarsch von allen Plätzen: pünktlich 8 1/2 Uhr.

### Haus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte sich in ihrer letzten Sitzung nach Erledigung einer Anzahl Straßen- und Bauangelegenheiten mit der Frage der Verurteilung städtischer Arbeiter zu beschäftigen. Der Magistrat beantragt, die Stadtverordneten mögen zustimmen, daß die zuständigen Deputationen ermächtigt werden, den städtischen Arbeitern, die seit länger als 10 Jahren im Dienste der Stadt stehen, unter Fortzahlung des Lohnes einen jährlichen Urlaub von einer Woche zu gewähren. Die durch die Vertretung der Arbeiter entstehenden Kosten sollen aus den Lohnpositionen des Voranschlags der betreffenden Betriebsverwaltung entnommen werden. Aus der Begründung der Magistratsvorlage hat der „Vormärker“ das Wesentliche bereits mitgeteilt. Stadtv. Abraham nimmt daran Anstoß, daß nach der Begründung dem einzelnen Arbeiter ein unmittelbares Recht auf die Gewährung des Urlaubs nicht zustehen soll. Stadtv. Conrad (Soc.) verlangt namens seiner Parteifreunde ebenfalls die Zusage eines Rechts auf Urlaub, damit der Möglichkeit von Ausnahmen aus irgendwelchen Gründen von vornherein vorgebeugt werde. Die Wartezeit von zehn Jahren sei auch eine viel zu lange. Seine Freunde wären dafür, daß schon nach einjähriger Beschäftigung einem Arbeiter der Urlaub zuliebe, was schon in manchen Privatbetrieben durchgeführt sei. Da indessen zur Zeit eine Mehrheit dafür nicht zu haben wäre, so möchte er vorschlagen, doch wenigstens die Wartezeit auf fünf Jahre festzusetzen und zu bestimmen, daß alle Arbeiter der Stadt nach fünfjähriger Beschäftigung ein Recht auf den Urlaub erlangen. Stadtv. Weirich und Bürgermeister Voigt wenden sich gegen das „Recht“ auf Urlaub. Es könnten besondere Fälle eintreten, wo man alle Kräfte zur Verfügung haben müsse. Bürgermeister Voigt kündigte an, für dieses Jahr könnte die ganze Sache scheitern, wenn nicht die Magistratsvorlage unbedändert angenommen werde. Die Vorlage möchte dann nochmals an die einzelnen Deputationen gehen, denn verschiedenen Kategorien städtischer Arbeiter könnte der Magistrat ein Recht auf Urlaub nicht zubilligen, z. B. den Saisonarbeitern, wie es u. a. die Parkwächter seien. Den Beamten stehe ein direktes Recht auf Urlaub auch nicht zu. Von einer Befreiung der Wartezeit auf fünf Jahre bitte er „vorläufig“ Abstand zu nehmen. Ein Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern wäre an sich allerdings nicht zu machen. Rixdorf mit seinen geringen finanziellen Mitteln habe aber keine Ursache, Pionier auf diesem Gebiete zu sein. Er gebe zu, daß die Kosten auch nicht unerträglich wären, wenn man den Urlaub gleich den Arbeitern gebe, die fünf Jahre bei der Stadt seien. Aber: gehen wir doch langsam vor! Die Versammlung werde sicher beim Magistrat keinen Widerstand finden, wenn sie später mit einem Justiziantrage auf die Gewährung von Urlaub schon nach kürzerer Zeit, etwa nach fünf Jahren käme. — Stadtv. Abraham sprach noch einmal für seinen und Conrads Vorschlag eines Rechts auf Urlaub, zugleich aber für die zehnjährige Wartezeit. — Stadtv. Mier stand dem sozialdemokratischen Antrag sympathisch gegenüber, bat aber, diesmal davon abzusehen. — Stadtv. Rahmig erklärte sich natürlich für die am wenigsten weitgehende Vorlage des Magistrats und sprach zugleich den Wunsch aus, daß die Versammlung möglichst lange mit weiteren Vorlagen über Arbeiterurlaub verhandelt werden möge. Und als dies geschehen wäre, schloß die Mehrheit die Debatte und damit den Arbeitervertretern den Mund. Anstand werden die Leute niemals lernen. — Die Verbesserungsvorschläge wurden abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. — Als besoldeter Stadtrat wurde Magistratsassessor Hoffmann-Berlin gewählt. — Die Versammlung beschloß, daß der Rathausbau in Angriff zu nehmen sei. — Dem freiwilligen Feuerwehrcorps sollen jährlich 3000 M. zur freien Verfügung für persönliche Bedürfnisse der Mitglieder überwiesen werden.

Aus Schöneberg. In unserer Krankenhaus-Angelegenheit erfahren wir, daß der endgültige Abschluß der Beratungen und Verhandlungen der bis in alle Einzelheiten gehenden Pläne usw. endlich doch noch in diesem Monat, also vor Eintritt der Ferien, zu erwarten ist. Hoffentlich bewahrheitet sich hier das Sprüchwort: „Was lange währt, wird gut“. Da die in letzter Sitzung genehmigte neue 26 Millionen-Anleihe jedenfalls bald perfekt werden dürfte, auch noch verschiedene größere Projekte (Kanalisation, Herstellung der damit in Verbindung stehenden Sammelkanäle in der Martin Luther-, Mühlens- und Tempelhoferstraße) bald in Angriff genommen werden sollen — zu letzterer Anlage ist die Ausschreibung bereits erfolgt —, so dürfte eine nicht unerhebliche Arbeitsgelegenheit zu erwarten sein.

Wir hatten kürzlich berichtet, daß der sog. „Katersteg“, welcher eine kleine, schon seit vielen Jahren gern frequentierte Verbindung der Kolonnenstraße und der Feurigstraße herstellte, infolge eines Angebots eines der angrenzenden Eigentümer bald verschwinden dürfte. In geheimer Sitzung der Körperschaften (sollte diese Sache denn wirklich das helle Licht nicht betragen können?) wurde mit knapper Mehrheit dem Angebot (800 M. pro Quadratrute) zugestimmt. Trotzdem ja bloß 12 Quadratruten in Frage kommen, scheint uns der Preis doch zu gering, im Falle der Ausnutzung durch Bebauung dürfte durch den derzeitigen Besitzer mindestens das Doppelte erzielt werden.

Potsdam. In dem Wahlbezirk Sanssouci, in welchem das Neue Palais belegen ist und woselbst ausschließlich Angehörte des Kaisers resp. Gartenbeamte wohnen, wurden diesmal bei der Reichstagswahl sechs sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Es sagt!

Potsdam. Der schwere Bauunfall, welcher am Mittwoch in Potsdam bei dem Erweiterungsbaue der höheren Mädchenkule stattfand, hat ein zweites Opfer gefordert, denn auch der schwer verletzte Maurer Rupprecht, welcher aus einem Dorf bei Berder a. O. gebürtig und ebenfalls, wie sein verstorbenen Kollege Teichert, Familienvater ist, erlag am Donnerstag im städtischen Krankenhaus seinen Verletzungen. Auch das Befinden des Arbeiters Gottschalk, welcher sich im katholischen St. Jozeph's-Krankenhaus befindet, ist sehr kritisch, da sich herausstellte, daß derselbe einen Schädelbruch erlitten hat.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. S. 29. Damburg.) Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 20. d. M., abends 9 Uhr, bei Mersowstr. 26: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 5. Mitglieder-Versammlung am 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12. Tagesordnung: Wahl der Orts- — Filiale Berlin 6. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, Adlerstr. 123, bei Diete. — Filiale Charlottenburg. Am Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Rixdorf. Versammlung am Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Bergstr. 151, bei Thiel. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. Juni 1903. Glemlich warm und schwül, zeitweise heiter, aber veränderlich bei schwachen südlichen Winden und etwas Regen zu Gemüthen. Berliner Wetterbureau.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

## Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 20. Juni**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Cyperhaus, Geflügel.  
Schauspielhaus, Geflügel.  
Neues Operntheater, Circus.  
Theater.  
Deutsches. Es lebe das Leben.  
Westen. Mi-Geldberg.  
Central. Bid und Befel.  
Residenz. Lustige Ehemänner.  
Vorher: Nach dem Balle.  
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).  
Berlin, wie es weint und lacht.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater). Die guten Freunde.  
Berliner. Der Haidelochst.  
Neues. Arche Noah.  
Thalia. Karl Fiedler.  
Kleines. Nachspiel.  
Belle-Alliance. Artemis Colonna.  
Lanzdillen.

Carl Weh. Das Geheimnis des roten Hauses.  
Metropol. Neues! Neues! Neues!  
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Zauberspiel 48/49.  
Son der Jugend zum Wohlmann.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater**  
Gute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:  
**Pick und Pocket.**  
Schwan mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen. Emil Sandermann.  
Weg Sommer. Wizzi Dirner.  
Marie Hordescu.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabend, den 20. Juni:  
Erstes  
Gespiel d. Sächsischen Volks-Theaters.  
Zum erstmalig:  
**Karl Fiedler.**  
Volks-Schauspiel in erzählreicher Rundart in 5 Aufz. v. Rich. Demmler.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lustige Ehemänner.**  
Schwan in 3 Akten von A. Mars und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.  
Vorher:  
**Nach dem Balle.**  
Schwan in 1 Akt nach d. Spanischen von R. Koebel.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Metropol-Theater.**  
Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 100. Male:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.**  
**Neues Theater**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 8 Uhr:  
Gastspiel Hansi Niese.  
**Arche Noah.**  
Morgen: Die Geliebte. Daisy.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Gastspiel  
**Artemis Colonna.**  
Lanzdillen.  
Im herrlichen Sommergarten:  
Spezialitäten-Vorstellung, Konzert und das neue Juni-Programm.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
In der Klemme.  
Gumorelle von Weibel.  
Anfang 8 Uhr.  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonnab. 7 Uhr.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**

**Sternwarte**  
Invalidenstr. 57/62.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
Neu!! Aktuell!! Neu!!  
Zum Drama  
im serbischen Königspalast:  
**König Alexander \***  
**Königin Draga \***  
porträtgetreu, lebensgroß.

**Passage-Theater.**  
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Carla Lingen**  
in ihrem Repertoire.  
Oskar Saldow, Humorist.  
Erna Koschel.  
Josefine Deleiseur.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!  
14 erstklassige Nummern.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Heute Sonnabend, den 20. Juni:  
**2. Elitetag**  
5 Musikcorps!  
elektr. u. bengal. Beleuchtung der See-Über.  
Entree 1 M. bis zum Schluss.  
Im Konzertsaal die Volkslieder der verschiedenen Kulturnationen, internat. Künstler-Ensemble von Frl. Rossin-Rosenfeld.

**Apollo-Theater**  
Täglich: Mit kolossalem Beifall:  
**Die Liebes-Insel.**  
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.  
Grosses Post-Ballett.  
Vorher: Neue glänzend. Spezialitäten.  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter-Str. 132.  
Das Geheimnis des roten Hauses.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnab. 3 Uhr. Vorst. 60 Pf.  
Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstr. 16.  
Seite:  
Grosse Extra-Vorstellung.  
**Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden.**  
Schauspiel in 5 Akten von Robert Stein.  
Anfang des Stückes 8 Uhr.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
früher Puhlmann.  
Schönhauser Allee 148.  
Inhaber: Wilhelm Fröhel.  
Grosses Wohlthätigkeits-Sommerfest veranstaltet von den Gesangsvereinen Apollonia, Reichsadler und Sängerges. Ausst. des gesamten Schauspiel- und Künstlerpersonals verbunden mit Gesangs-Aufführungen der Sängerschule.  
Im Saale: **Grosser Ball.**  
Die Kaffeeküche ist von 3 bis 6 Uhr geöffnet.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag, den 21. Juni:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
Neuer Spielplan.  
Dienstag, den 23. Juni: Verein Deutsches Vaterland.

**Sanssouci.**  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Anfang: Sonntags  
Konz. 5 Uhr, Vorst. 7 Uhr.  
Wochentags:  
Konz. 6 Uhr, Vorst. 8 Uhr.  
Sonnt. u. Donnerst.  
nach der Soiree: Tanz.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabendabends 8 Uhr:  
**Berlin, wie es weint und lacht.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten (10 Bildern) von David Kalisch. Musik von H. Conrad.  
Sonnab. 3 Uhr:  
**Der Probekandidat.**  
Sonnab. 8 Uhr:  
**Im weissen Kössl.**  
Montagab. 8 Uhr:  
**Berlin, wie es weint und lacht.**  
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).  
Sonnabendab. 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**  
Lustspiel in 4 Aufz. v. Vict. Sardou.  
Sonnab. 3 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Sonnab. 8 Uhr:  
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.  
Montagab. 8 Uhr:  
**Die guten Freunde.**

**Schweizer-Garten.** Friedrichshain.  
Täglich Theater-Vorstellung.  
11 Lustspiel- und Posse-Novitäten.  
**Neues Artisten-Programm.**  
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**  
Grosse Hofe mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.  
Täglich: **Ball.** Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Klem's Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Hilbitz.  
Täglich: 17182\*  
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Roulette, Blumenkranz etc.  
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

**Friedrichshagen-Hirschgarten.**  
Wein 5 Minuten von den Bahnhöfen, zwischen den beiden Dörfchen, direkt am Wald gelegenes neu eröffnetes.  
**Restaurant „Westend“**  
halte ich Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen bestens empfohlen.  
Kaffeehaus, Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Carl Thoms.  
**Moabit-Charlottenburg.**  
Restaurant Kaiserin Augusta-Allee 53.  
Gaststätte für Kremier. Erholung für Ausflügler. Warme Speisen zu jeder Tageszeit.

**Schmöckwitz Gashaus zur Palme**  
(Endstation der „Starn“-Dampfer)  
Inhaber: **Hermann Peter.** Grünau No. 39.  
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
Ausspannung und Dampfheizung, Regalbahnen, große Kaffeeküche, Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen. Substr. 58.  
**Neues Programm.**  
II. a.: Fred Dewey, Jongleur. Gehr. Voro, Akrobat. Lucio Claire, Cerpenzin- und Flammenlängerin sowie in ihrem Lustballett „Die Elfenbein“.  
**!!! Berlin auf Steilen!!!**  
mit Willy Agoston und Klara Antonis.  
Anfang 4 Uhr.

**Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Direktion: M. Kalbo.  
Täglich: **Das Bild der Mutter.**  
Vollständ. mit Gesang und Tanz in 3 Akten von A. Seelen u. D. Richter. Konzert und Ball. Ausst. in erhellender Lichtschattenspiele.  
II. a.: Ada Marcell, Schöder u. Deuter, Rolampagos Troupe.  
Ein fideles Gefängnis  
Grosse Fantomime, Mokaschy Troupe. Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. 31. 50 Pf.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinerplatz. Rüdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

**WINTERGARTEN**  
Agnes Sälther, norweg. Soubrette.  
Miss Votana, Schulleiterin.  
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.  
Jim und Jam, komische Akrobaten.  
Die Bisoras, weibl. Trompetorcorps.  
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.  
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.  
Diana, amerik. Spiegel tänzerin.  
Adele Moraw, Soubrette.  
Charles Baren in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.  
Allison-Truppe, ilarische Spiele.  
Die 4 Scandias, Gymnastiker.

**Wirtshaus zum Strauss**  
Pappel-Allee 25.  
Inh.: **Otto Strauss.**  
Saal bis zu 250 Personen.  
Grosse und kleine Vereinszimmer mit Piano, Regalbahnen noch auf einige Tage zu vergeben. 18162\*

**Album- und Lederwaren-Gabrit**  
Oskar Gaudau,  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.  
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.**  
St. Frankfurt a. M.  
Geschäftsführer D. Sachz,  
Schleusenstr. 11.  
Etwa 600 Vereine und Einzelfahrer mit 12 000 Mitgliedern.  
Einfahrtsgeld 60 Pf., monatlicher Beitrag 20 Pf.  
Leistungen an die Mitglieder: Das offizielle Organ: „Der Arbeiter-Radfahrer“, monatlich zweimal erscheinend. Unfallversicherung bei allen Radunfällen (ausgenommen Rennen und Trainieren) von 1 M. täglich außer Sonntag 18 Wochen lang.  
Polizeiliche Uebersetzung der österreichischen, schweizer, französischen und belgischen Grenzen mit Fahrrädern.  
Kostlose Lieferung von Radfahrer-Begeleitern an die Vereine usw.  
Günstige Kredite wolle man da, wo kein Verein am Orte ist, direkt an obige Adresse richten. 17312\*

**Strand-Restaurant** am Müggelsee  
zwischen Müggelsee und Müggelturm.  
Empfehle Fahrten, Vereinen und Korporationen für Sommerausflüge und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume, Bestellungen aller Art. Gourmande Preise.  
M. Degehrodt, „Strandschloss“, Köpenick.

**Köpenick.**  
**Wilhelmsgarten v. L. Scheer.**  
Radower- u. Berliner Strassen-Ecke.  
Herrlicher Garten, Kaffeeküche.  
Jeden **Großer Ball.**  
Sonntag:  
Säle für Vereine etc.

**Köpenick.**  
Paul Bärsch, Lindenstr. 6.  
Gaststätte der Schönweiber Strassen.  
**Einkehr**  
Gute Speisen u. Getränke, solide Preise.  
**A. Stippekohls Restaurant**  
Köpenick, Schönhauserstr. 5.  
Arbeiter-Vertebralokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geeignet.

**Bernau.**  
Gasthof „Zum goldenen Hirsch“.  
Bürgermeisterstr. 225.  
Einkehr für Radfahrer usw.  
Guter Frühstück- und Mittagstisch.  
Jeden Sonntag: **Tanz.**

**Dr. Schünemann,**  
Spezialarzt für Haut, Haar- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
12-13, 3, 4, 6-11, 8, 9-11.  
**Dr. Simmel,**  
Spezialarzt für Haut- und Barmleiden.  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4  
Hilfswörter:  
Borost, Wochen-Abkühlung, Barzelle 60 Pf.  
300 Mark, nur mündlich, verkauft  
Hinsche, Wilhelmstr. 4. 10132\*

**Land 2 Mark**  
300 Mark, nur mündlich, verkauft  
Hinsche, Wilhelmstr. 4. 10132\*

**Patent** 17442\*  
Verwertung, Finanzierung, Anmelde- u. Pat. u. Gebrauchsmust. zum Selbstkostenpreis bei Auftrag s. Berner. Anfertigung von Zeichnungen. Wolters & Co., W., Potsdamer Str. 123. Auskünfte und Rathschläge kostenlos.

**Versuche Dein Glück!**  
in dem bekanntesten von Glück begünstigten Bank- u. Lotteriegesch.  
**J. Rosenberg,**  
Kommandantenstr. 51.  
Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Geldlotterien.  
Briesener Pferde-Lose a 1 M.

**Obsthandlung,**  
monatlicher Umsatz circa dreitausend Mark, ist für den billigen Preis von zweitausendhundert Mark zu verkaufen. Auskunft erteilt **Mercier, Rixdorf, Steinmetzstr. 108.** 20152\*

**Betten** werden täglich gründlich gereinigt.  
1 komplettes Bett nur 3 Mark.  
Betzlaff, Bett-Specialgeschäft, Berlin, Alto Jakobstr. 57/59.

Allen Fremden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der Instrumentenmacher  
**Fritz Rieger**  
nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist. - Die Beerdigung findet Sonntagm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Luisenstädtischen Kirchhofes, Rixdorf, Bergstr. aus statt. 2027b  
Dies zeigt tiefbetrabt an  
Ihm Namen der Hinterbliebenen  
Wwe. Helene Rieger.

**Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Mittwoch, den 17. Juni, verstarb nach langen schweren Leiden unser Mitglied  
**Fritz Rieger**  
im Alter von 35 Jahren.  
Seine Hinterbliebenen:  
Seine Frau  
Die Beerdigung findet am Sonntagm. 3 Uhr vom Luisen-Kirchhof, Rixdorf, Bergstr. aus statt. 1417b  
Der Vorstand.

**Unterstützungs-Verein der Kupferschmiede Deutschlands.** (Filiale Berlin.)  
Am 17. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins, Kollege  
**Eduard Plaschke**  
im Alter von 73 Jahren.  
Seine Hinterbliebenen:  
Seine Frau  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt. 29713  
Eine recht rege Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

Am 17. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden unser Sangesbruder  
**Wilhelm Held jr.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, auf dem Rixdorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren.  
2031b  
Gesangverein „Melodia“, Rixdorf.

Nach kurzem, aber schweren Leiden starb am Montag, den 15. meine innigstgeliebte Frau  
**Helene geb. Hendrichke**  
im 34. Lebensjahre. 2028b  
Der trauernde Gatte  
**Bernhard Schulz.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Hons-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.

**Nachruf.**  
Am 14. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager unsere liebe Mitarbeiterin, die Hinterbliebenen Frau  
**Wilhelmine Lange**  
im 58. Lebensjahre.  
Ihr ehrenhafter Charakter und kollegialer Sinn sichern ihr ein dauerndes Gedenken. 2043b  
Das Hinterschlüssler-Gabrit  
L. Jürgens.

Die Beerdigung des Himmerers  
**August Streblov**  
gen. **Dunst**  
findet am 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes, Wilhelmshagen, aus statt. 2042b  
Die Hinterbliebenen.

**Vorwärts-Buchhandlung**  
SW., Lindenstr. 69.

**Für Radfahrer!**  
Radfahrerräder von Berlin mit Angabe der Art des Strahlenplatters, der für Radfahrer verbotenen Strahlen etc. . . 50 Pf.  
Radfahrerräder von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Zusterbo, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.  
Radfahrerräder von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen etc., seinem Fahrer, aufgezogen, in Karton, jede Zetteln 1,50 M.

**IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis Süd-Ost.**  
**Zur Feier der Reichstags-Wahl 1903:**  
**Sieges-Feier**  
 bestehend aus  
**Früh-Konzert**  
 arrangiert von den Genossen des IV. Kreises Süd-Ost  
**am Sonntag, den 21. Juni, in Treptow**  
 bei Karl Ludwig, Park-Restaurant, Köpenicker Landstrasse No. 25/26  
 bei Karl Joël, Victoria-Garten, Köpenicker Landstrasse No. 21/22.  
**Anfang 4 Uhr.** Eintrittspreis 20 Pf.  
 Den geehrten Damen ist die Kaffeeküche frühzeitig geöffnet.  
 Zahlreichen Besuch erbitte. 241/19\* Das Komitee.

**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis Osten.**  
**Zur Reichstags-Wahl 1903:**  
**Sieges-Feier.**  
**Sonntag, den 21. Juni, in Mentos Volksgarten, Lichtenberg, Röderstr. 35/36:**  
**Grosses Sommerfest**  
 arrangiert von den Parteigenossen des Ostens.  
**Großes Instrumental-Konzert.**  
 Auftreten der Hamburger Hänger. — Turnerische Aufführungen.  
 Auftreten der Handakrobaten „Osten-Trio“.  
**Preisregeln. — Grosses Feuerwerk.**  
 Kinder erhalten am Eingang eine Stocklaterne gratis.  
 Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
 Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anfang 3 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.  
 Im Saal: **Grosser Ball.** 215/1\*  
 Herren zahlen 50 Pf. Das Komitee.

**„Wilhelmsgarten“, Hirschgarten.**  
 Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen großen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, verdeckte Regelpöden und Kaffeeküche. — Außerdem mein neuerbautes Restaurant **„Zur Waldburg“**, dicht am Bahnhof, herrlich im Wald gelegen, mit großem Saal, 500 Personen fassend, schattigen Garten, Regelpöden, Kaffeeküche und Ausspannung. Gutgepflegte Biere, reichhaltige Speisekarte. **Wilhelm Keller, Gastwirt.**  
 Restaurant [17152\*]

**Schöneiche „Waldschloss“**  
 20 Minuten prächtiger Waldweg vom Bahnhof Rahnsdorf.  
 Mitten im Walde und direkt am Wasser gelegen.  
 Bade-Anstalt für Herren und Damen. ♦ Ausspannung. ♦ Kegelbahnen.  
 Großer Tanzsaal. ♦ Schattige Spielplätze.  
 Kaffeeküche. ♦ Weiss- und Bairisch-Bier.

**Wolkersdorfer Schleuse!**  
**R. Albrechts Restaurant,**  
 früher Witwe Lehmann.  
 Empfehle mein allbekanntes, herrlich im Wald und Wasser gelegenes Lokal den Vereinen und Gesellschaften zu Ausspannung u. Großer Schattiger Garten (1000 Stühle). Großer Tanzsaal, Regelpöden, Schießhalle, Große Kaffeeküche, Sommer- u. Winterwohnungen, Fremdenzimmer. 16442\*

**Weltrestaurant Hirschgarten.**  
 Inhaber: Hemann & Polpitz.  
 Größtes und schönstes Lokal am Plage, 10000 Personen fassend.  
 Neben **Gr. Gartenkonzert.** Hieraus **Réunion.** Entree frei.  
 Mittwoch: **Gr. Gartenkonzert.** Hieraus **Réunion.** Sonntag: **Gr. Ball.**  
 3 verdeckte Regelpöden, Volksbelustigungen all. Art, Ausspann. für 80 Pferde.

**Jede Uhr**   
 zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Druck, keine Reparaturen billiger.  
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschwindlich billigen Preisen.  
 Dufaten-Trauring, 900 gek., 1 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.  
 für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Selt. Kathenower Brillen, Sinesene, Operngläser.  
 T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57. 10842\*

**Wo?** Ist der schönste Ort für Landpartien? Auf der Insel **Wickersdorfer**, **Wickersdorfer**, **Wickersdorfer** zum **Freund**; bequem per Fuß, Rad, Krampe, Bahn und Dampfer zu erreichen.  
 Eröffnung des **Riesensaales** an den Feiertagen. Für gute Küche und Getränke wird stets bemüht sein **Der alte Freund.**

**Treptow** **Nur die alten Eichen rauschen.** Den Landwald in seiner größten Pracht zu sehen bietet nur allein die Umgebung vom **Restaurant Pferdehucht bei Köpenick.**  
 Halte mein Lokal (10 000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen.  
 Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es laßt zu Ausflügen ein **Wilhelm Bräsewitz.** 18712\*

**BRENNABOR**  
**„Fahrrad-Werke Brandenburg a. H.“**  
 (größte Fahrrad-Fabrik Europas).  
 Die Werke arbeiten mit 8500erigem Dampftrieb, 30 Elektromotoren, 750 Hilfsmaschinen und beschäftigen über 2000 Arbeiter. — Gegründet 1871.  
**Brennabor ist die beliebteste Marke. — Kataloge postfrei.**  
 Zweiggeschäft Berlin W., Kronenstrasse 11.  
 Verantwortlicher Redakteur Carl Feld in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend**  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
**Montag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:**  
**Außerordentliche General-Verammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Beschlußfassung über die Sparordnung. 2. Antrag Dohms, Müller und Biehe: Am § 37 des Statuts die letzte Zeile: „Die Lagerhalter haben eine Funktion zu stellen“ zu streichen. 3. Antrag des Vorstandes: Bei Annahme vorstehenden Antrages im § 35 des Statuts den zweiten Absatz zu streichen. 4. Antrag der Verwaltung, dem § 8 Abs. 1 des Statuts folgende Fassung zu geben: „Der Geschäftsanteil beträgt 30 Mk. Jeder Genosse kann nur einen erwerben. Die ersten 5 Mk. müssen von jedem Genossen im ersten Jahre der Mitgliedschaft in einmaliger Rate eingezahlt werden.“  
 Eventuelle Anträge zur Generalversammlung bitten wir bis zum 24. Juni im Comptoir einzureichen.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.** Mitglieder, die noch nicht im Besitz eines solchen sind, legitimieren sich durch die Postkarte vom Amtsgericht.  
 Für den Ausschluß: **C. Mücke.** Für den Vorstand: **Menzel, Müller, Tutzauer.** 127/11

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**  
 (E. H. Nr. 3, Hamburg.)  
 Vertikale Verwaltung Berlin G.  
**Montag, 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Mitglieder-Verammlung**  
 bei Habel, Bergmannstraße 5-7.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Festlegung der Entschädigung für die Ortsverwaltung.  
 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung und Beitragssammler.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht 1825 **Die Ortsverwaltung.**

**C. Conrad's festfale**  
**friedrichshagen**  
 Ecke der See- und Friedrichstraße.  
**Garten u. Regelpöden**  
**Große Tanzsäle.**  
 Weißbier, Kaffeeküche, Ausspannung. Haltestelle der Straßenbahn, gegenüber der Dampfstraße.  
 In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,60, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Kiercognac, Citronen- und Himbeersaft, und u. a. m. gut u. billigst.  
**Carl Schindler, Liqueurfabrik.**

**Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Sonntag, den 21. Juni 1903:**  
**Grosses Sommerfest**  
 in **Wilmersdorf, Mittes Volksgarten, Berlinerstrasse 40.**  
 Großer Garten, Konzert, Gesang u. Vorträge. Großes Reigenfahren. Im Saale: Großer Ball, Kaffeeküche geöffnet von 2 Uhr an.  
 Beste Fahrgelegenheit mit der Straßenbahn bis zum Lokal. 20236  
**Das Komitee.**

**Hinaus in die Ferne!**  
 Ist die Lösung für viele Menschen, sobald es ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug, ebenso der Besuch eines Theaters gewinnen aber erst ein Interesse, wenn man sich dabei eines guten Fernglases bedienen kann. Hervorragend schöne und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern, bietet in selten großer Ausdehnung zu billigen Preisen das allbekannte Institut für **Präzisions-Optik von Carl Buttendorff,** Berlin N., 6. Laden Weinbergsweg 15b, v. Rosenthal Thor. 18732\*  
**Theater-Gläser** mit schwarzem Körper, nur scharfe Gläser, von 4.50 Mk. an.  
**do. mit Perimant-Körper**, von 7.50 Mk. an.  
**Triumph:** Meinen 8,00 Mk.  
**Merkur:** wie nebenstehende Abbildung mit 8 Gläsern, Kompaß und Etuis mit 2 Meinen 12,00 Mk.  
**Monopol:** Meinen 12,00 Mk.  
**Rapid:** Meinen 16,00 Mk.  
 beste Kombination für Reise und Theater. **Extra scharf.**  
 Nr. I. 18,00. Nr. II. 22,00. Nr. III. 28,00.  
 Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15b achten.

**Wöllsteins Lustgarten, Adlershof.** 17232\*  
 Schönster und ältester Naturgarten des Südostens, 2-3000jährige Linden (5000 Personen fassend) Sommerbühne, drei Regelpöden, Kaffeeküche u. prachvolle Feste mit schöner Theaterbühne, Vereinszimmer u. a.  
**Jeden Sonntag Konzert, Spezialitätenvorstellung und Ringkampf.**  
 Im Saal grosser Ball bei stark besetztem Orchester.

**H. Hamecher's Bade-Anstalten.**  
**Marien-Bad | Friedrichs-Bad**  
**Chausseestr. 35. Frankfurter Allee 197.**  
 Russische, Römische, Dampfbäder, Lohannis- und Massage-Bäder, Kohlensäure-, Fichtennadel- sowie sämmtl. medic. u. Wannenbäder i. u. H. Ki.  
 Lieferant für alle Krankenkassen. 1753L\*

**Achtung! Tischler! Achtung!**  
**Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**  
 Eingetragene Hilfskassa Nr. 3 (Hamburg). **Berlin G.**  
**Am Sonntag, den 21. Juni er., präcise 10 Uhr vormittags:**  
**Mitglieder-Verammlung**  
 in der „Königsbault“, Gr. Frankfurterstr. 117 (Unf. Walter).  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Wahl der Ortsverwaltung und der Beitragsammler. 2. Wie stellen sich die Mitglieder über die Zukunft unserer Kasse? Statutenberatung event. Anträge zur General-Verammlung. 3. Wahl der Delegierten zur General-Verammlung nach Würzburg. 4. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. Beiträge werden in der Verammlung vom Kassierer entgegengenommen. Da die Tagesordnung dringend und wichtig ist, so ist jedes Mitglied verpflichtet, in dieser Verammlung zu erscheinen.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.** Ohne dasselbe kein Einlass.  
**Die Ortsverwaltung.** 184/9\*

**Verband der Möbelpolierer.**  
**Heute abend werden in sämtlichen Zahlstellen Beiträge entgegengenommen.**  
 Ebenfalls heute abend in Weichensee, König-Chaussee 55:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung wird dabei bekannt gemacht.  
**Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstr. 18:**  
**Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Kollegen C. Wermuth über: „Die Kämpfe und Leiden des russischen Proletariats.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Hierzu werden die Kollegen aus den Werkstätten von Heims & Sohn, Stelp & Neumann, Hinze, Baumann, Kurzoer & Co. eingeladen.  
**Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 38:**  
**Vorstands-Sitzung.**  
 Die Kollegen, welche noch von Billeis u. Schulden haben, werden ersucht, dabei zu erscheinen.  
 Die **Dampferpartie** findet am 26. Juli nach Zwickau statt. Fahrpreis 1 Mk. Kinder von 6-14 Jahren 50 Pf.  
**Der Vorstand.** 146/11

**Reichstags-Wahlkreis Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Belzig.**  
**Montag, 22. Juni, abds. 8 Uhr, im Lokale d. Hrn. Ewald, Schönleinstr. 6**  
**Oeffentliche Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die bevorstehende Stichwahl. 2. Diskussion.  
 Zahlreiches Erscheinen notwendig. 257/11 **Der Einberufer.**

**Achtung! Achtung!**  
**Kontobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen.**  
**Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr,**  
**im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):**  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
 aller in Kontobuch-Fabriken beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Der Ablauf des Tarifs. 2. Bericht der Tarifkommission. 3. Die mit den Unternehmern zu vereinbarenden neuen Arbeitsbedingungen. Referent: Kollege August Wagner. 24/11  
 Wir richten an alle Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, in dieser wichtigen Versammlung vollzählig zu erscheinen.  
**Der Vertrauensmann.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
**Sektion der Cementierer.**  
**Außerordentliche Mitglieder-Verammlung**  
 bei **Nümann, Brunnenstr. 188, vormittags 9 1/2 Uhr.**  
**Tages-Ordnung:** Der Zusammenschluß mit den Kohlhütern und Spannern. (57/1) **Der Vorstand.**

**Rucksäcke 2 Mk. p. Stück**  
**Wäsche- u. Bettsäcke mit Verschluss**  
**C. A. Flemming, Beuthstr. 11**  
 (am Spittelmarkt).  
 1892\* 1828.  
**Hüte! Herrenhüte von 1,50 an**  
**Knabenhüte „ 0,75 „**  
 Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.  
**Schirme zu ansehnend billigen Preisen.**  
 Mägen, Kravatten. 7812\*  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
 Ecke Stallgerstraße.

Ein weiblicher Blaubart vor den Geschwornen.

Allenstein, 18. Juni 1903.

Ein Prozeß, wie er in den gerichtlichen Annalen kaum seinesgleichen finden dürfte, begann am Donnerstag vor dem Schwurgericht des hiesigen königlichen Landgerichts. Im Kreise Ortelshaus, unweit der russischen Grenze liegt das Dorf Köblau. Im Frühjahr 1902 wurde die ländliche Stille durch die plötzliche Verhaftung der Gastwirtin Frau Przhgotta gestört. Frau Przhgotta soll jetzt zum fünften Male verheiratet sein. Ihr fünfter Gatte soll eines Tages die Beobachtung gemacht haben, daß seine Frau ihm eine Quantität Arsenik ins Essen geschüttelt habe. Aus diesem Anlaß kam es schließlich zwischen den beiden Ehegatten zu einem heftigen Aufruhr. Gastwirt Przhgotta erstattete Anzeige, zumal er feststellte hatte, daß seine Frau große Mengen Arsenik verborgen halte. Da fiel es auf, daß die ersten vier Männer sämtlich gangplötzlich aus dem Leben geschieden waren. Alle vier waren Besitzer von bäuerlichen Gehöften und befanden sich in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Staatsanwaltschaft ordnete die Ausgrabung aller vier Leiden an. Es ergab sich, daß schon die Erde in der Nähe der vier Gräber mit Arsenik durchsetzt war. Die ärztliche Untersuchung ergab auch, daß alle vier Männer soviel Arsenik genossen hätten, daß sie unweigerlich sterben mußten. Da ein erkennbarer Beweggrund zu diesem fürchterlichen Verbrechen nicht vorhanden ist, die Tatsachen aber trotz beharrlichen Leugnens gegen Frau Przhgotta sprechen, so zweifelte man zunächst an der geistigen Zurechnungsfähigkeit der Frau. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde Frau Przhgotta längere Zeit in der Provinzial-Asylanstalt Moriau beobachtet. Es ergab sich jedoch, daß sie vollständig geistig gesund ist. Sie ist deshalb in das hiesige Untersuchungsgefängnis wieder zurückgebracht worden und hat sich nun wegen vier vollendeter und eines versuchten Mordes vor Eingangs bezichtigtem Gerichtshofe zu verantworten.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Kurz vor 9 Uhr vormittags wird die Angeklagte von einem Gefängniswärter und einem Gerichtsdiener auf die Anklagebank geführt. Sie ist eine kleine, etwas behäbige Frau mit nicht unintelligenten Gesichtszügen. Sie hat ein breites, aber nicht unschönes Gesicht und steht im Anfang der 40er Jahre. Ihr Gesichtsausdruck verrät eine gewisse Mühseligkeit. Die Angeklagte sieht anscheinend mit vollkommenster Ruhe der Verhandlung entgegen. Den Gerichtshof bilden: Landgerichtsdirektor Dr. Thießen (Vorsitzender), Landgerichtsrat A. K. und Landrichter K. (Beisitzer). Die königliche Staatsanwaltschaft vertritt Erster Staatsanwalt Kiehl, die Verteidigung führt Justizrat W. o. s. i. Zum Dolmetscher der polnischen Sprache ist Obersekretär D. o. h. bestellt. Als Sachverständige sind geladen: Gerichtschreiber, Medizinal-Assessor Dr. G. u. h., Königsberg i. Pr., Kreisarzt Dr. v. P. e. t. r. h. o. s. i., Ortelshaus, Kreisarzt Dr. v. D. e. c. k. e. r., Reidenburg, Kreisarzt Dr. U. r. b. a. n. o. w. s. i., Memel, Medizinalrat Direktor Dr. S. t. o. l. t. e. n. h. o. f. f. u. n. d. D. e. f. o. m. s. i., Moriau, Dr. S. i. g. n. o. w. s. i., Ortelshaus und Dr. M. i. e. m. e. l., Pr. Eylau. Unter den Zeugen befindet sich der jetzige Ehegatte der Angeklagten, Besitzer Przhgotta. Die Angeklagte, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist, giebt durch den Mund des Dolmetschers an: Sie sei am 20. Juli 1859 zu Pülich, Kreis Ortelshaus, geboren, evangelischer Konfession und bisher noch nicht bestraft. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekennen, bemerkt die Angeklagte: Keineswegs, ich bin vollständig unschuldig. Die Männer sind sämtlich an ihren Krankheiten gestorben. Ich habe keine Schuld. Die Angeklagte bemerkt im weiteren auf Befragen des Vorsitzenden: Sie habe am 15. Februar 1883 den Besitzer Johann Bachur in Köblau geheiratet. Dieser war bei der Verheiratung 21 Jahre. Aus dieser Ehe seien 3 Kinder hervorgegangen, von denen aber das jüngste, das nach dem Tode des Bachur geboren wurde, 3 Wochen nach der Geburt gestorben sei. Am 23. Mai 1888 sei Bachur gestorben. Im Dezember desselben Jahres habe sie Wilhelm Kempka, der Wirtschaftler bei Bachur war, geheiratet. Dieser sei 27 Jahre alt gewesen. Aus dieser Ehe sei ein Mädchen hervorgegangen. Das Kind sei aber auch sehr bald gestorben. Schon im April 1889 sei Kempka gestorben. Kempka habe ihr gesagt, er habe ein Vermögen von 1000 Thalern, die er auf ihre Verfügung einzahlen wolle; er habe aber nur 100 Thaler besessen. V. o. s. i.: Ist es richtig, daß Sie nicht zur Trauung gehen wollten, die Kempka 1000 Thaler auf den Tisch aufzählte? A. g. e. l. l.: Das ist unwar, ich war froh, daß Kempka mich heiratete, denn ich befand mich von ihm bereits in gesegneten Umständen. V. o. s. i.: Das Mädchen, das Sie in zweiter Ehe geboren, wurde nach dem Tode Ihres zweiten Mannes, am 22. Juli 1889 geboren? A. g. e. l. l.: Ja. V. o. s. i.: Sie erhielten deshalb die Erlaubnis, sehr bald eine neue Ehe einzugehen und heirateten am 26. November 1889 August Panned. Dieser war zu Lebzeiten des Kempka bei diesem Wirtschaftler? A. g. e. l. l.: Jawohl. V. o. s. i.: Wann starb Panned? A. g. e. l. l.: Am 18. September 1891. V. o. s. i.: Hatten Sie mit Panned Kinder? A. g. e. l. l.: Jawohl, mit Panned hatte ich zwei Kinder. Eins starb noch zu Lebzeiten des Panned, das zweite sehr bald nach dessen Tode. Am 10. April 1892 heiratete sie den Besitzer Wieschollek. Mit diesem hatte sie drei Kinder, einen Knaben und zwei Mädchen. Der Knabe sei gestorben, die zwei Mädchen leben. Am 16. November 1899 sei Wieschollek gestorben. Dieser sei zu Lebzeiten des Panned dessen Wirtschaftler gewesen. Am 3. November 1901 habe sie zum fünften Male, ihren jetzigen Mann, den Besitzer Adam Przhgotta geheiratet. V. o. s. i.: Woran sind denn nun Ihre Männer, zunächst der Bachur gestorben? A. g. e. l. l.: Bachur bekam den Typhus. In diesem starben damals viele Leute in Köblau. Bachur wollte keinen Arzt haben. Nach acht Tagen war Bachur tot. Sie habe sich mit Bachur wohl bisweilen gezankt, im allgemeinen sei aber die Ehe eine vollständig friedliche gewesen. Es sei richtig, daß Bachur Ausschläge auf dem Kopf bekommen hatte, so daß ihm die Haare ausgegangen seien. Ihr zweiter Ehemann, Kempka, habe sich bei dem Tragen eines Sackes Harzoffen überhoben, habe danach über Schmerzen im Rücken, in den Füßen usw. geklagt und sei nach einigen Tagen gestorben. Ihr dritter Mann, Panned, sei Man gewesen. Er sei zu einer Lebung nach Pst eingezogen gewesen. Als er zurückkam, habe er ein großes Geschwür am Halse gehabt, das ihm große Schmerzen bereitete. Kurze Zeit darauf sei er gestorben; es sei ihr gesagt worden, Panned sei an der Schwindsucht gestorben. Woran ihr vierter Mann, Wieschollek, gestorben sei, wisse sie nicht; dieser sei von Anfang an krank gewesen. Eines Abends habe sich Wieschollek an Krug derartig betrunken, daß er nicht nach Hause sand, sondern mehrere Stunden im Schnee geschlafen habe. Dabei werde er sich wohl eine starke Erkältung zugezogen haben. V. o. s. i.: Haben Sie Ihren Männern nicht Gift beigebracht? A. g. e. l. l.: Nein, ich habe mit Gift nie etwas zu thun gehabt. V. o. s. i.: Ihre vier ersten Männer waren evangelisch, ihr jetziger fünfter Gatte ist katholisch? A. g. e. l. l.: Jawohl. V. o. s. i.: Sie sollen einmal gesagt haben, die Evangelischen kosten 10 Pfennige, die katholischen Männer bekommt man für 5 Pfennige? A. g. e. l. l.: Das sind aufgetragene Lügen. V. o. s. i.: Sie sollen viel Schnaps getrunken haben? A. g. e. l. l.: Ich bin allerdings keine Abstinentin, viel Schnaps habe ich aber nicht getrunken, zumal ich ihn nicht vertragen kann. V. o. s. i.: Panned soll einmal gesagt haben: Drei Männer hat sie schon um die Ecke gebracht, bei mir wird es ihr aber nicht gelingen. A. g. e. l. l.: Das ist mir vollständig unbekannt. V. o. s. i.: Wieschollek ging häufig auf die Jagd? A. g. e. l. l.: Jawohl. V. o. s. i.: Sie sollen dem Wieschollek deshalb Vorwürfe gemacht und gesagt haben: Wenn Du das nicht läßt, dann wirst Du bald verschwinden? A. g. e. l. l.: Das ist vollständig unwar. Ich freute mich im Gegenteil, wenn mir mein Mann einen Hasen mitbrachte. V. o. s. i.:

Panned soll Sie im Streit einmal Here genannt und Sie sollen geantwortet haben: Wenn ich eine Here bin, dann werde ich Dich verhezen. Es kostet mich bloß einen Silbergröchen, dann kommt Dich der Teufel holen! A. g. e. l. l.: Das ist eine vollständige Lüge. V. o. s. i.: Sie sollen einmal gesagt haben: Es giebt eine Pflanze, wenn man davon einem Menschen zu essen giebt, dann muß er sterben, wenn es auch etwas lange dauert? A. g. e. l. l.: Das ist alles Lüge. Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts stellt der Vorsitzende aus den Akten fest, daß Bachur bei der Verheiratung 21 Jahre, Kempka 27, Panned 26, Wieschollek 27 Jahre alt war. V. o. s. i.: Angeklagte, es ist Ihnen schon wiederholt vorgehalten worden: es ist festgestellt, daß in den ausgegrabenen vier Leiden, jedenfalls bei Bachur, Kempka und Wieschollek Arsenik gefunden wurde; es ist ferner festgestellt, daß alle vier Männer an ein und derselben Krankheitserscheinung gestorben sind, wie erklären Sie sich das? A. g. e. l. l.: Ich kann mir das nicht erklären. Arsenik war niemals in unserem Hause. Derselben Krankheitserscheinungen können bei den vier Männern nicht festgestellt sein, denn sie sind doch an verschiedenen Krankheiten gestorben.

Die Vernehmung der Angeklagten ist danach beendet.

Der fünfte Ehemann als Zeuge.

Unter größter Spannung wird hierauf der jetzige fünfte Ehegatte der Angeklagten, Besitzer Adam Przhgotta, ein großer, nicht unschöner Mann von jetzt 30 Jahren als Zeuge in den Saal gerufen. Dieser bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er Zeugnis ablegen wolle. Er habe die Angeklagte am 3. November 1901 geheiratet. Seine Frau habe bisweilen gezankt und auch Schnaps getrunken. Zweimal sei sie angetrunken gewesen. V. o. s. i.: Hat nicht Ihre Frau Ihnen bisweilen gedroht? Zeuge: Sie sagte einmal: Du wirst meiner werden. V. o. s. i.: Sind Sie denn nicht gewarnt worden, eine Frau zu heiraten, der fast hintereinander vier Männer gestorben seien? Zeuge: Jawohl, es wurde mir gesagt, es könnte mir auch so gehen, denn die Männer seien alle unter eigentümlichen Umständen plötzlich gestorben. Ich hielt das meiner Frau vor. Da versetzte sie: Meine vier ersten Männer sind an verschiedenen Krankheiten gestorben. Wenn Deine Zeit herangelommen sein wird, dann stirbst Du auch. — Der Zeuge befindet im weiteren auf Befragen, daß er 600 Thaler in die seiner Frau gehörende Wirtschaft eingebracht habe. — Die Angeklagte bemerkt: Sie habe allerdings zu Przhgotta gesagt: Wenn Deine Zeit gekommen sein wird, so wirst Du auch sterben. Das ist doch Gottes Bestimmung, dagegen läßt sich nichts machen.

„Hier Männer hat der Teufel schon geholt!“

Der folgende Zeuge ist Gutbesitzer Braun-Köblau. Er kannte Panned, Wieschollek und Przhgotta. Panned sei ein nüchtern Mann gewesen, wenigstens habe er diesen nie angetrunken gesehen. Dagegen sei Wieschollek bisweilen angetrunken gewesen. Dieser habe ihm oftmals gesagt, daß seine Frau ihn sehr schlecht behandle. Er habe deshalb den Wieschollek geraten, sich scheiden zu lassen. V. o. s. i.: Woran litt Wieschollek? Zeuge: An Schwindsucht. Przhgotta klagte mir auch einmal, daß seine Frau ihn sehr schlecht behandle. Dieser erzählte: Seine Frau habe zu ihm gesagt: Vier meiner Männer hat der Teufel schon geholt, den fünften wird er auch noch holen. — V. o. s. i.: Angeklagte, Sie sollen oftmals in Rußland gewesen sein? — A. g. e. l. l.: Ja, war zweimal in Rußland. — Bürgermeister Müller-Wittenberg befindet danach als Zeuge: In Rußland seien wohl Gifte teurer als in Deutschland, man könne aber dort für Geld alle Gifte ohne Gistschein erhalten. Er kenne die Angeklagte seit 20 Jahren. Derselbe sei dem Trunk ergeben, er habe sie mehrmals angetrunken gesehen. — Landgerichtsdirektor Ding: Im Sommer 1902 sei er in Wittenberg gewesen. Da habe er gehört: Der Volksmund behaupte, die Angeklagte habe ihre vier Ehemänner beiseite geschafft, um immer wieder neues Geld zu erhalten. Die Ehemänner haben auch alle Geld in die der Angeklagten gehörende Wirtschaft, die sich sehr gut rentierte, eingezahlt. — Die Angeklagte bestritt, daß sie darauf ausgegangen sei, von ihren Männern neues Geld für ihre Wirtschaft zu erhalten.

Zauberei und Schnaps.

Frau Kosowich: Die Angeklagte habe ihr einmal erzählt, sie habe sich von einer Zigeunerin die Karten legen lassen. Sie habe dieser 6 M. zahlen müssen; die Zigeunerin wisse aber viel. Was die Zigeunerin wisse, habe ihr die Angeklagte nicht gesagt. V. o. s. i.: Haben Sie nicht zum Gendarm gesagt, die Przhgotta habe sich ein Mittel zum Behoren für 6 M. gekauft? Zeugin: Nein, sie hat mir gesagt, es kostet bei der Zigeunerin 6 M., die weiß aber viel. V. o. s. i.: Ist Ihnen bekannt, daß die Angeklagte gern Schnaps trank? Zeugin: Ich glaube es schon, als wir über die Zigeunerin sprachen, haben wir zusammen einen Liter Schnaps ausgetrunken. (Weiterkeit im Zuschauerraum.) — V. o. s. i.: Haben Sie die Angeklagte angetrunken gesehen? — Zeugin: Das kann ich nicht sagen, ich wohne nicht in Köblau. — Der folgende Zeuge ist der frühere Lehrer O. t. t. e. r. s. d. o. r. f.: Im Volksmunde sei gesagt worden: Die Angeklagte habe ihre vier Ehemänner durch Zauberei aus der Welt geschafft. — V. o. s. i.: Was verstehen die Leute unter Zauberei? — Zeuge: Die Leute sind der Ansicht, die Angeklagte habe die Männer bezaubert, so daß diese von dem Weichselzopf und ähnlichen Dingen befallen wurden und starben. Ich habe von den Männern der Angeklagten nur Wieschollek gekannt. Mit diesem zankte sich einmal die Angeklagte im Krug und sagte: Drei sind bereits um die Ecke gegangen, Dir wird's auch bald so gehen. Wieschollek hat mir erstmals über schlechte Behandlung seiner Frau geklagt. Als Wieschollek starb, wollte ich Anzeige erstatten, weil mir das Sterben der vier Männer auffiel. Nachdem die Angeklagte mit Przhgotta verheiratet war, zankte sich dieselbe auch einmal mit Przhgotta im Krug. Da weinte Przhgotta und sagte: Vier hast Du schon um die Ecke gebracht, mir wird es wohl auch bald so gehen. Daraufhin füllte ich mich veranlaßt, Anzeige zu erstatten. Przhgotta giebt auf Befragen des Vorsitzenden zu, die behandelte Aeußerung im Krug gethan zu haben, geteint habe er aber nicht. Danach tritt die Mittagspause ein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Buchbinder. Eine zahlreich besuchte Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Donnerstag in Keller's großem Saale tagte, befahte sich mit der Tariffrage. Vergmann, der die Vorgänge schilderte, aus denen die Prinzipale Veranlassung nahmen den Tarif zu kündigen, nachdem sie kurz vorher den Gehilfen eine Verlängerung des Tarifs auf 3 Jahre angeboten hatten, hob ausdrücklich hervor, daß seitens der Gehilfen keine Lohnbewegung geplant worden sei, sondern nur die Absicht bestanden habe, den Tarif stillschweigend auf ein Jahr weiter bestehen zu lassen. Sollte jedoch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verlußt werden, so würden die Gehilfen mit den stärksten Mitteln dagegen vorgehen, was sowohl vom Referenten wie auch in der Diskussion scharf betont wurde. Am 8. Juni haben in Leipzig Verhandlungen zwischen den Gehilfen- und den Prinzipalvertretern stattgefunden, die zu einstimmiger Annahme eines Vorschlags führten, wonach der bestehende Tarif auf 3 Jahre verlängert werden soll, vorausgesetzt, daß innerhalb von vierzehn Tagen die Gehilfenversammlungen der drei Städte dem zustimmen. Tarifpositionen, die sich im Laufe der Jahre als fehlerhaft

erwiesen haben, sollen in gemeinsamer Sitzung der Vertreter beider Parteien zur Beratung gestellt werden. Die Prinzipale erklärten ausdrücklich, daß sie es nicht auf eine Reduktion der Löhne abgesehen hätten. Die Gehilfen in Stuttgart haben, wie bereits im „Vorwärts“ berichtet wurde, diesem Vorschlage unter gewissen Bedingungen zugestimmt und auch die Leipziger Gehilfen haben inzwischen einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Die Vertrauensmänner der Berliner Gehilfen schlugen nun der Versammlung eine Resolution vor, die im wesentlichen mit den in Stuttgart und Leipzig gefaßten Beschlüssen übereinstimmt und in folgender Form fast einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung ermächtigt die Tarifkommission und die Funktionäre des Verbandes, einer Verlängerung des bestehenden Tarifs auf weitere drei Jahre unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

- 1. Das Wortort des Tarifs ist einer gründlichen Revision betreffend Tarifamt, Ausarbeitung eines Kommentars usw. zu unterziehen. 2. Die Stundenlöhne sind nach Maßgabe der Lernerungsverhältnisse der einzelnen Tariforte im ersten, zweiten und dritten Jahre der Tarifdauer zu erhöhen. 3. An den bestehenden Accordspreisen dürfen Verringerungen, welche auf Reduktion der Preise abzielen, nicht vorgenommen werden. 4. Die Tarifkommission hat dafür Sorge zu tragen, daß beim Ausbau und bei der Ausbreitung der Tarifgemeinschaft seitens der Prinzipalvereinigungen thätige Unterstützung zugesichert wird.

Eine „versteckte Drohung“ gegen Arbeitswillige. Eine ähnliche Rolle wie der Grobe Unfallsparagraf gegen Preßhändler spielt nach gerade der § 153 der Gewerbe-Ordnung gegen streikende Arbeiter. Unbedachte, ja ganz harmlose Aeußerungen, die unter andren Umständen niemand beachten würde, wachsen sich unter Herrschaft des § 153 zu Straftaten aus, die mit Gefängnis bestraft werden müssen, wenn sie ein Streikender einem Arbeitswilligen gegenüber gethan hat. Ueber einen derartigen Fall, der sich während des Dreherstreiks bei Vorfis zugetragen hat, wird uns berichtet:

Während des Streiks bei Vorfis in Regel traf der Metallarbeiter 2 zwei Arbeitswillige. Auf seine Frage: „Ihr arbeitet in Regel?“ erhielt er die höfliche Antwort: „Das geht Dir 'n Dreck an!“ Darauf bemerkte er: „Wartet nur, einmal kriegen wir Euch doch, es kommt noch eine andre Zeit.“ Wegen dieser Aeußerung wurde 2. vom Landgericht auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. Das Gericht führte aus, diese an die beiden arbeitswilligen Dreher gerichteten Worte stellten sich als eine Drohung dar, und zwar als eine verdeckte Androhung einer Schädigung. Es wäre auch anzunehmen, daß der Angeklagte beabsichtigt habe, durch diese Drohung die Arbeitswilligen zu bestimmen, an einem Streik zwecks Aufbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Angeklagter habe ihnen durch seine Aeußerung für den Fall, daß sie weiter arbeiteten, Unannehmlichkeiten und Schilane in Aussicht gestellt.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann legte für den Angeklagten Revision ein. Der Strafsaal des preussischen Kammergerichts verwarf jedoch das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Revision scheitert an der thatsächlichen Feststellung des Vorderrichters. Auch könne nicht der Königsberg-Paragraf des Strafgesetzbuches (der eventuell Geldstrafe zuläßt) angewendet werden, denn die Arbeitswilligen seien nicht mit einem bestimmten Lohn versehen bestraft worden, sondern ganz allgemein mit Unannehmlichkeiten. Da wäre nur § 153 der Gewerbe-Ordnung anwendbar.

Zum Streit bei der Firma Wehlich. Der Stand des Streiks ist unbedeutend. Zwar verfährt die Firma über circa 300 Arbeitswillige, trotzdem aber hoffen die Ausständigen auf den endlichen Sieg, weil es der Firma noch wie vor an brauchbaren Schleifern mangelt. Von den angeordneten und angelerten Schleifern hat die Firma erst kürzlich 26 wieder entlassen müssen, denn diese waren nicht im Stande, die verlangten Specialarbeiten in brauchbarem Zustande herzustellen.

Die Firma Runge u. v. Siemann sendet uns ein Schreiben, welches eine Verichtigung der in unserer Donnerstagsnummer veröffentlichten Notiz sein soll, die aber nichts andres als eine Bestätigung dessen ist, was wir über die Entlassung von Arbeitern, die wegen der Reichstagswahl einen halben Tag feierten, berichtet haben. — Die Firma schreibt, sie habe, um den Arbeitern Gelegenheit zum Wählen zu geben, den Betrieb von 3 Uhr an eingestellt und dies am Tage zuvor bekannt gegeben. Alle Arbeiter der mechanischen Werkstatt hätten aber schon um 1/1 Uhr den Betrieb verlassen, nachdem sie vom Meister Passierischeine erbeten und erhalten hatten. Weil die Arbeiter die Anordnung der Firma (erst von 3 Uhr an zu feieren) nicht beachtet haben, seien sie kurzerhand entlassen worden. Ferner bestritt die Firma, daß sie gesagt habe, sie dürfe nicht mit dem Metallarbeiter-Verbande verhandeln. In einer solchen Aeußerung habe sie keinen Grund. Abgesehen von dieser Bemerkung sagt die sogenannte Verichtigung nichts andres, als was unser Gewährsmann uns mitteilte, nur mit ein wenig andren Worten.

Deutsches Reich.

Eine Aussperrung in Köln beschloffen. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, hat der Deutsche Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe in Köln und Umgegend am Donnerstag fast einstimmig beschloffen, wegen des jetzt 13 Wochen dauernden Ausstandes der Beschupfer und Fuger, sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Beschupfer, Fuger, Maurer, Handlanger, Plattenleger und Erdarbeiter von Freitag, den 26. d. M. an auszusperrern, bis die Arbeitnehmer sich mit den im Baugewerkeverein festgesetzten Bedingungen einverstanden erklärt haben.

Die Kumpfer in Königsberg i. Pr. sind in den Streik eingetreten, weil die Meister dem Vertrage, der kürzlich zwischen den beiderseitigen Kommissionen abgeschlossen war, eine für die Gesellen ungünstige Bestimmung anhängen wollten. Der Ausstand ist allgemein.

Ausland.

7000 Schuharbeiter von Barcelona haben die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden veröffentlichten ein Manifest, in welchem sie ihre Verurtheilung von ganz Spanien auffordern, sich ihnen anzuschließen. — Der Streik der Kohlenträger dauert fort und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Kuttler der Lastfuhrwerke haben sich ihnen angeschlossen und infolge dessen haben viele industrielle Betriebe wegen Mangel an Kohlen die Arbeit einstellen müssen.

Ein Streik in Japan. Die Eisenarbeiter der Schiffswerften von Kagasaki haben die Arbeit eingestellt. Der Unternehmer hatte die Gewohnheit, die Arbeiter, wenn es ihm gut dünkte, wieder nach Hause zu schicken und für den betreffenden Tag keinen Lohn zu zahlen. Als er sie eines Tages entließ, legten 800 Eisenarbeiter die Arbeit nieder. Die japanische Polizei stellte sich ganz auf Seiten der Unternehmer; Streikversammlungen dürfen nicht stattfinden, und die Führer wurden verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Pambrecht 28. Die Verlängerung der Arbeitszeit müssen Sie sich gefallen lassen, nicht aber die Lohnkürzung; der Lohn ist bis Ablauf der Abkündigungsdauer voll zu zahlen. — Hier Unwissende. 1. und 2. Reim. — N. B. 7. In allen Fällen, in denen sich Dritte um das Recht auf Miete bemühen, ist lediglich zu rufen, die Miete zu hinterlegen und an keinen zu zahlen. — Gänzlich. Der Dispens ist kostenlos; wird in der Regel nicht erteilt, Beschaid dauert etwa drei bis sechs Monate. — Erfrage. Der Arbeitgeber kann Erbesignation (Erbknecht) verlangen. —

